

STUDIA **H**ISTORICA
Academiae Scientiarum Hungaricae

T. ERÉNYI

DIE SOZIALDEMOKRATISCHE
PARTEI UNGARNS UND DIE
AUSSENPOLITIK DER
ÖSTERREICHISCH-
UNGARISCHEN MONARCHIE

Der Gepflogenheit gemäß veröffentlichten die ungarischen Historiker aus dem Anlaß des 13. Internationalen Kongresses für Geschichtswissenschaft eine neue Studiensammlung unter dem Titel *Etudes Historiques 1970*.

Der erste Band zeigt eine besonders reiche Thematik, und bietet eine gute Übersicht über die jüngsten Ergebnisse der ungarischen Geschichtsschreibung. Ein Teil der Studien knüpft sich der eigentlichen Thematik dieses Kongresses an, während die übrigen Beiträge verschiedene Themen behandeln — wie z.B. die Entstehung des Bürgertums in Südamerika, Probleme der Geschichte der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, oder Fragen zur Methode der geschichtlichen Statistik.

Der zweite Band enthält die annotierte Bibliographie der in der Zeitspanne 1964—1968 erschienenen geschichtswissenschaftlichen Bücher, Studien u. Artikel.

Der vorliegende Studienbeitrag ist im ersten Band enthalten.



AKADÉMIAI KIADÓ

Verlag der Ungarischen
Akademie der Wissenschaften

B u d a p e s t

T. ERÉNYI

DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI UNGARNS UND DIE
AUSSENPOLITIK DER ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN
MONARCHIE IN DEN JAHREN 1908—1914

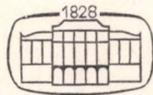
STUDIA HISTORICA

ACADEMIAE SCIENTIARUM HUNGARICAE

75

T. ERÉNYI

DIE SOZIALDEMOKRATISCHE
PARTEI UNGARNS UND DIE
AUSSENPOLITIK DER
ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN
MONARCHIE IN DEN JAHREN
1908—1914



AKADÉMIAI KIADÓ, BUDAPEST 1970

Erschienen in
Etudes historiques 1970
Akadémiai Kiadó, Budapest 1970

Tibor Erényi

DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI UNGARNS UND DIE AUSSENPOLITIK DER ÖSTERREICHISCH- UNGARISCHEN MONARCHIE IN DEN JAHREN 1908—1914

Bis zur Jahrhundertwende hat sich die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Ungarns mit Fragen der Außenpolitik sozusagen überhaupt nicht befaßt. Den Grund hierfür müssen wir teils in den mit dem Stadium der Herausbildung zusammenhängenden Schwierigkeiten, in der Schwäche der Bewegung, teils in der Revolutionstheorie der damaligen Sozialdemokratie suchen. Bekanntlich hat die ungarländische sozialistische Bewegung den geistigen Anstoß in bedeutendem Maße von der I. Internationale erhalten, die mit der ersten ungarländischen sozialistischen Organisation, dem im Jahre 1868 gegründeten Allgemeinen Arbeiterverein (Általános Munkássegylet), in ständiger Verbindung stand. Diese feste internationale Verbindung wird auch durch den Umstand bewiesen, daß die im Jahre 1880 gegründete Ungarländische Allgemeine Arbeiterpartei, die auf ihrem Parteitag im Jahre 1890 den Namen Sozialdemokratische Partei Ungarns angenommen hat, zu den Gründungsmitgliedern der II. Internationale gehörte.

In der Sozialdemokratischen Partei Ungarns war — ebenso wie in der ganzen von Marx inspirierten internationalen sozialistischen Bewegung — am Ende des 19. und noch zu Anfang des 20. Jahrhunderts allgemein die Auffassung verbreitet, daß der allgemeine Zusammenbruch des Kapitalismus in relativ kurzer Zeit erfolgen werde. Die Sozialisten haben erwartet, daß mit der Abschaffung des Privateigentums und Enteignung der Produktionsmittel die nationalen Unterschiede und Gegensätze verblassen und schließlich völlig verschwinden. Die bestehenden Staatsrahmen und Machtgruppierungen haben sie gleicherweise als Attribut der Klassenherrschaft betrachtet und in ihren Grundlagen verworfen. In ihren außenpolitischen Kundgebungen haben sie sich mit betonter totaler Negation und dem Hinweis auf die relativ nicht mehr fernen sozialistischen Verhältnisse begnügt. Diesen Hinweisen entsprechend haben sie sich in innerpolitischer Relation auch mit der Frage Nation—Nationalitäten befaßt, wobei hervorgehoben wurde, daß diese nur einen stark untergeordneten Charakter habe, während die Bedeutung der Klassegegensätze betont wurde.

Diese Lage hat sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts allmählich geändert. Die erwartete allgemeine soziale Umgestaltung, der Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung sind nicht eingetroffen. Zu gleicher Zeit wurden die bekannten Charakterzüge der Entfaltung des Imperialismus immer mehr sichtbar. In den verschiedenen sozialdemokratischen Erklärungen erhielten nunmehr die Machtpolitik, die Verurteilung des Nationalismus, die Verkündung des Antimilitarismus größere Bedeutung.

Daß die außenpolitischen (und die damit zusammenhängenden) Fragen in den Vordergrund geraten sind, hatte außer den erwähnten auch einen anderen Grund. Die außenpolitischen Verbindungen der einzelnen Staaten übten einen großen, doch nur mittelbar fühlbaren Einfluß auf das tägliche Leben der

Arbeiterschaft aus. Zur Zeit ihrer Herausbildung war die sozialistische Bewegung noch schwach; die Kräfte der Organisationen wurden fast ausschließlich durch den Kampf für die täglichen wirtschaftlichen-politischen Zielsetzungen, für die Steigerung der Propaganda und Agitation gebunden. In dieser Periode gerieten die außenpolitischen Zusammenhänge zwangsläufig in den Hintergrund. Die Bewegung mußte erst bis zu einem gewissen Grade erstarken, um sich mit den großen Zusammenhängen, den grundlegenden prinzipiellen Fragen der Innen- und Außenpolitik systematisch befassen zu können. (Die Sozialdemokratische Partei Ungarns war in den Jahren unmittelbar vor Ausbruch des ersten Weltkrieges schon eine Massenpartei, die einen bedeutenden Teil der Arbeiterschaft des Landes beeinflußte.)

Am Aufschwung der außenpolitischen Aktivität haben auch außerhalb der allgemeinen Entwicklung und der Arbeiterbewegung stehende, unmittelbar außenpolitische Faktoren mitgewirkt. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts war die außenpolitische Lage der Österreichisch-Ungarischen Monarchie gefestigt. Das Reich war im ausgehenden Jahrhundert in den Dreibund eingegliedert, dessen Machtposition unerschütterlich zu sein schien. Doch wurden die außenpolitischen Positionen der Monarchie seit den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts immer ungünstiger. Bereits in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts entstand das Bündnis zwischen Rußland und Frankreich, dem sich später auch England annäherte. Zu gleicher Zeit wurde die Bündnistreue Italiens — infolge seiner verschiedenen nationalen und imperialistischen Bestrebungen — fraglich. Das gleiche galt auch im Falle Rumäniens, das bis dahin gute Beziehungen zum Dreibund pflegte. Die Balkanhalbinsel geriet — und dies war der wichtigste Faktor der außenpolitischen Veränderung — in einen Zustand der Gärung. Die auf den Ruinen der Europäischen Türkei entstandenen Nationalstaaten erstarkten wirtschaftlich und politisch. Ihre nationalen Bestrebungen richteten sich teils gegen den »kranken Mann« Europas, gegen die Türkei, teils gegen Österreich-Ungarn. Außenpolitisch fanden sie eine Stütze im zaristischen Rußland, das eine Hegemonie auf dem Balkan anstrebte und sich dadurch der Monarchie gegenübergestellt sah.

Infolge der erwähnten Ereignisse wurden in erster Linie die sich an der südlichen und östlichen Grenze des Reiches abspielenden Ereignisse, also die Balkan-Probleme, diskutiert. Otto Bauer stellte in seinem Anfang Januar 1908 erschienenen Artikel »Österreichs auswärtige Politik und die Sozialdemokratie« mit Recht fest: »Seit Königgrätz und Sedan ist die auswärtige Politik der Monarchie wesentlich Balkanpolitik.«¹ Das Bündnis zu Deutschland war fest und blieb bis in die Jahre unmittelbar vor Ausbruch des ersten Weltkrieges auch unangefochten. Schauplatz der Differenzen mit dem zaristischen Rußland war der Balkan. An der österreichisch-ungarisch—russischen Grenze in Galizien herrschte Ruhe. Für beide Reiche bedeutete zwar Polen ein Problem, das aber keinen internationalen Charakter trug; eine Abänderung des Status quo der polnischen Gebiete war vor 1914 unreal. An den südwestlichen Grenzen trat um die Jahrhundertwende eine gewisse Änderung ein. In den zur Monarchie gehörenden Gebieten mit italienischer Bevölkerung (Südtirol, Triest usw.) und in Italien selbst erstarkte die irredentistische Bewegung, das im Innen erstarkte Italien wollte seinen Einfluß auf dem Balkan, an der Adria und in den nordafrikanischen Gebieten verstärken. Diese

¹ Der Kampf, 1. Januar 1908.

Erscheinungen erweckten in den militärischen Kreisen Wiens Besorgnis, die allgemeine Meinung nahm jedoch kaum Notiz von ihnen. Italien betonte übrigens ständig seine Treue zum Dreibund, um Deutschland und die Monarchie zu beruhigen. (Das Bündnis wurde noch 1912 auf weitere 6 Jahre verlängert.)

Ein weiterer Faktor der Änderung der außenpolitischen Lage war die am 6. Oktober 1908 proklamierte Annexion Bosniens und der Herzegowina. Die Annexion, mit der die Balkanpositionen der Monarchie gefestigt werden sollten, hat sich als ein Fehlschlag erwiesen. England, Frankreich, Rußland und der in erster Linie interessierte Balkanstaat — Serbien — haben darin eine Abänderung des Status quo erblickt und sich nur deshalb damit abgefunden, weil sie die Zeit zu einem bewaffneten Auftreten gegen Österreich-Ungarn für verfrüht erachteten. Die Einverleibung dieser Balkanprovinzen und die sich daraufhin entfaltende militärische Spannung waren auch bei der ungarischen öffentlichen Meinung unpopulär. Im Namen der 1906 gebildeten Regierung der vereinigten Opposition (der Koalition) urgierte im Ministerrat vom 19. August 1908 Ministerpräsident Wekerle ausdrücklich die Annexion und verlangte gleichzeitig, daß die zu annektierenden Provinzen auf Grund historischen Rechtes den Ländern der ungarischen Krone angegliedert werden. Die Argumente des ungarischen Nationalismus haben zwar die öffentliche Meinung in ziemlich breitem Kreise beeinflußt, doch nur kurze Zeit. Im Winter 1908, als sich die außenpolitische Lage zuspitzte, schlug die Stimmung um, und die Annexion und im allgemeinen die Politik des gemeinsamen Außenministeriums wurde in immer breiteren Kreisen kritisiert.

Die Sozialdemokratische Partei Ungarns hat seit den Antezedenzen der Annexionskrise die Außenpolitik der Monarchie konsequent kritisiert. Das Zentralorgan der Partei, *Népszava*, brachte am 8. Februar 1908 einen Artikel des führenden sozialdemokratischen Theoretikers, Zsigmond Kunfi, unter dem Titel »Schwarzgelbe Kolonialpolitik«, der die Expansionsabsichten der Monarchie auf dem Balkan scharf brandmarkte. Kunfi verwies darauf, daß die Balkanpolitik in erster Linie den Interessen der österreichischen Bourgeoisie diene und betonte: »Österreich braucht den Balkanmarkt, um von dort Rohprodukte und Lebensmittel einzuführen und dort Industrieartikel abzusetzen.« Dieser Gedankengang wurde in dem am 1. August 1908 unter dem Titel »Divide et impera« erschienenen Redaktionsartikel weitergeführt, der auch die politischen Aspekte der Balkanfrage relativ detailliert untersuchte. Der Artikel wies richtig auf die Leitmotive der Balkanpolitik der Monarchie hin und stellte fest: »Die österreichische Diplomatie hat seit einem Jahrhundert bezüglich des Balkans nur eine Politik: das Entstehen größerer territorialer, staatsrechtlicher Einheiten zu verhindern.« Beide Artikel sympathisieren mit den Befreiungsbestrebungen der Balkanvölker, obzwar im letzteren nachdrücklich betont wird, daß die großserbischen Ideen der innerhalb der Grenzen der Monarchie lebenden Serben keinerlei wirtschaftlichen Grundlagen haben. »Die Balkanserben leben aber auch selbst in einem einzigen geographischen Gebiet unter vier verschiedenen Hoheitsgebieten: in Serbien, Bosnien, dem teilweise unter türkischer Herrschaft stehenden Alt-Serbien und Bulgarien. Bei ihnen ist die Sehnsucht nach einem einheitlichen Großserbien auch wirtschaftlich begründet, denn das neue Reich könnte eine sehr entwickelte wirtschaftliche Einheit sein, die den österreichischen Einfluß, die Ausbeutung durch Österreich ausschließen und den Nord-Balkan in Europa einbeziehen würde.«

Der unter dem Titel »Krieg« am 6. Oktober 1908 erschienene Artikel des Blattes brachte die Frage der Annexion schon mit der Politik der Koalition und dem Kampf für das allgemeine Wahlrecht in Verbindung. In diesem Artikel heißt es: »Die kriegerische Stimmung auf dem Balkan ist eine vorzügliche Gelegenheit, die Aufmerksamkeit des In- und Auslandes von den Niederträchtigkeiten des Koalitionsregimes, hauptsächlich aber von der Wahlreform abzulenken. Kossuth und seine Anhänger opfern daher gerne eventuell einige tausend ungarische Soldaten und einige hundert Millionen, damit durch den Lärm der Schlachtfelder und das Stöhnen der Sterbenden die Stimme der um Recht rufenden Arbeiter übertönt werde.« Manó Buchinger, Mitglied der Parteileitung, spannt im wesentlichen in seiner Rede auf der vom Internationalen Sozialistischen Bureau organisierten Protestversammlung gegen den Krieg am 10. Oktober 1908 in Brüssel diesen Gedanken weiter aus. Er verwies darauf, daß die Koalition, auf die Wiener Hofkreise gestützt, die Inartikulierung des allgemeinen, geheimen Wahlrechts sabotieren wolle. Auch trat er gegen die Bestrebungen der ungarischen Regierung auf, Bosnien und die Herzegowina Ungarn anzugliedern, denn »im Falle, daß Bosnien und die Herzegowina dem Ungarn der Koalition zufallen, bleibt das bosnische Proletariat rechtlos, ebenso wie das ungarische, während das Volk Österreichs schon heute ein allgemeines, gleiches, geheimes Wahlrecht hat«. Sein Standpunkt stimmte vollkommen mit der Ansicht Viktor Adlers überein, der auf dieser Versammlung ebenfalls das Wort ergriff. Auch Adler verließ seiner Sympathie mit den Unabhängigkeitsbestrebungen der Balkanvölker Ausdruck. »In der Unabhängigkeit Bulgariens können wir tatsächlich einen Fortschritt erblicken,« erklärte Adler, »und wir können hoffen, daß das Volk die Vorteile derselben ausnutzen können wird.« Von der Annexion aber stellte er fest, daß »das Volk Österreichs keinerlei Interesse daran habe. Im Gegenteil, diese birgt eine doppelte Gefahr in sich: sie gefährdet den Frieden und verursacht nationale Reibereien.«²

Adlers Standpunkt wird auch in dem mit Heinrich Weber signierten Artikel Bauers motiviert, den dieser Anfang November 1908 unter dem Titel »Elemente unserer auswärtigen Politik« veröffentlichte. In diesem wird festgestellt, daß sich die österreichischen Sozialdemokraten bis zur Annexion nur wenig mit außenpolitischen Fragen befaßt haben. Nun aber, da der Weltfriede durch die Entwicklung auf dem Balkan, die Außenpolitik Aehrenthals gefährdet wurde, könnten sie sich diesen Luxus nicht mehr erlauben. Nun müssen sie gegen den Imperialismus Österreich-Ungarns auftreten.³

Die Annexion konnte die Sozialdemokratische Partei tatsächlich gut gegen die Regierung Wekerle ausnutzen. Es ergab sich eine Gelegenheit, den Worten die Taten entgegenzustellen, die Vaterlandsliebe betauernde Demagogie der Koalition zu entlarven. Zur Zeit der Krise hat nämlich die gemeinsame militärische Führung überwiegend ungarländische Regimenter nach Bosnien entsandt und so vor allem diese den Kriegsgefahren ausgesetzt. »Es ist

² Népszava (Volksstimme). 16. Oktober 1908. A Magyar Munkásmozgalom Történetének Válogatott Dokumentumai (Ausgewählte Dokumente der Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung; im weiteren abgekürzt MMTVD) Bd. IV/a. Zusammengestellt von Tibor Erényi, Edit S. Vincze, János Kende, Ferenc Mucsi. Kossuth Kiadó, Budapest 1966. S. 135—136.

³ Der Kampf, 1. November 1908.

verständlich«, hieß es in der Népszava vom 10. Dezember 1908, »daß es der österreichische Reichsrat nicht für nötig erachtet, dem Balkan-Wahnsinn einen Riegel vorzuschieben. Österreich verliert an diesem Geschäft weder Arbeitskräfte noch Geld. Daß aber das ungarische Parlament und die ungarische Regierung untätig sind, das ist nur deshalb möglich, weil die Mehrheit des Parlaments und die Regierung — um ihre Macht beizubehalten — sich — entgegen den ungarischen Interessen — in den Dienst der Interessen Österreichs gestellt haben.« Diese Argumentation durchdrang alle Kundgebungen, die sich in der Tagespolitik mit den Ereignissen auf dem Balkan beschäftigten.

Eine umfassende Analyse der Annexion und der Balkanfrage gab Zsigmond Kunfi Anfang 1909 in einem Artikel in der theoretischen Zeitschrift der Partei »Szocializmus«. Kunfi ging vom Zerfallsprozeß des Türkischen Reiches aus und betonte, daß von wirtschaftlichem Standpunkt aus die Türkei das Gebiet der Ausbeutung durch das westliche Kapital sei. Die Revolution der Jungtürken im Jahre 1908 bewertete er positiv, war jedoch bezüglich der Ergebnisse skeptisch. »Die türkische Revolution hat zwar das Volk von der türkischen absolutistischen Macht befreit,« heißt es im Artikel, »doch ist es sehr zweifelhaft, ob sie auch die Herrschaft der zweiten über die Türkei regierenden absoluten Macht, der europäischen Kapitalisten, gebrochen hat; ob bei jenem hohen Grad der wirtschaftlichen Abhängigkeit, in welchem sich die Türkei vom europäischen Kapitalismus befindet, überhaupt die Möglichkeit einer politischen Unabhängigkeit besteht.« Im Gegensatz zu früheren Erklärungen kam er zu der Schlußfolgerung, daß die Annexion und im allgemeinen die Balkanpolitik der Monarchie, der Dynastie, der Festigung der Lage der Monarchie als Großmacht diene. Er hielt es für durchaus möglich, daß aus der Monarchie — in Anbetracht dessen, daß ihre Bevölkerung nunmehr in der Mehrzahl slawisch war — eine Großmacht slawischen Charakters werde, und zwar eine solche Macht, die dem russischen Einfluß auf dem Balkan erfolgreich das Gegengewicht halten könne. »Statt des erträumten südslawischen Reiches«, schrieb Kunfi, »dessen führender Staat das unter russischer Oberhoheit stehende Serbien sein würde, zeichnen sich die Konturen eines anderen großen slawischen Reiches ab.«⁴

Diese Darlegung ist widerspruchsvoll, und zwar aus mehreren Gründen. Der Verfasser selbst betonte nämlich, daß die Annexion eine Quelle außenpolitischer Verwicklungen sei. England wandte sich immer mehr gegen die Monarchie, obzwar laut Kunfi, nur, um »durch die Monarchie ihren Verbündeten, Deutschland zu treffen«. Auch der Gegensatz zu Italien spitzt sich zu, das der imperialistische Konkurrent der Monarchie auf dem Balkan und im Gebiet der Adria ist. Kunfi beharrte auf seiner bekannten — auch in Deutschland und in Österreich verbreiteten — Ansicht, die Annexion sei ausschließlich Interesse des österreichischen Kapitals.⁵ Wenn aber dem so war, dann ist es kaum verständlich, wie die Monarchie die allgemeinen slawischen Interes-

⁴ Kunfi, Zsigmond: A balkáni események (Die Ereignisse auf dem Balkan). Szocializmus, Jg. 1908—1909.

⁵ Außer der erwähnten Meinung Adlers wurde auch in seinem Artikel »Österreichische Kolonialpolitik« in diesem Sinne Stellung genommen. Siegmund Kaff hat in der theoretischen Zeitschrift der deutschen Sozialdemokraten festgestellt, daß die Balkanpolitik Österreich-Ungarns »eine neue Sorte von Kolonialpolitik« angenommen hat. Die Neue Zeit, 30. April 1908.

sen der Balkanvölker vertreten, wie sie den Bestrebungen zur Schaffung des großen südslawischen Staates auf dem Balkan erfolgreich als Gleichgewicht dienen könnte. (Außerdem ist es eine gewisse Vereinfachung der Frage, wenn von einem »unter russischer Oberhoheit stehenden« Serbien gesprochen wird.) Kunfi verblieb im weiteren bei seiner schon seit längerem bekannten Ansicht, daß die ungarischen herrschenden Klassen an der Balkanpolitik Wiens nicht interessiert waren, daß die Regierung Wekerle dieser Politik nur aus Servilismus, die Unterstützung durch den Hof erhoffend und zwecks Hinausschiebung der Wahlrechtsreform assistierte. Diese, offenbar aus taktischen Erwägungen folgende Argumentation zog die in der Regierung stark vertretenen Bestrebungen der ungarischen Agrarier nicht in Betracht. Diese Kreise haben in der landwirtschaftlichen Produktion der Balkanländer — in erster Linie Serbiens — eine Konkurrenz gesehen und alles unternommen, um ihnen den Markt der Monarchie zu verschließen und sie zugrunde zu richten; dies ist auch aus dem »Zollkrieg« in den der Annexionskrise vorangegangenen Jahren zu ersehen, durch den die Lage auf dem Balkan verschärft wurde. Die Sozialdemokraten haben übrigens diesen Zollkrieg einmütig verurteilt. Es trifft auch hingegen natürlich in vollem Maße zu, daß das Volk Ungarns keinerlei Interesse an Eroberungen am Balkan hatte.

Eine von Kunfi abweichende Analyse der Balkanfrage und der Balkanpolitik der Monarchie gab Oszkár Jászi in seiner ebenfalls Anfang 1909 erschienenen Studie. Jászi war eine führende Persönlichkeit des ungarischen bürgerlichen Radikalismus, stand aber in diesen Jahren der Arbeiterbewegung sehr nahe; er kooperierte mit der Sozialdemokratischen Partei. Seine Stellungnahme in theoretischen und politischen Fragen übte einen großen Einfluß auf die ungarischen Anhänger des Sozialismus aus. In seinem Artikel stellte Jászi fest: »Der hervorstechendste Zug der Geschichte des 19. Jahrhunderts ist die soziale Frage in Westeuropa — in den national einheitlichen Staaten — und das Erwachen zu nationalem Selbstbewußtsein in Mitteleuropa und auf dem Balkan, wo die Verbindung zwischen den einzelnen Nationalitäten nur lose oder überhaupt noch nicht zustande gekommen ist.«⁶ Seiner Ansicht nach lag eine Expansion auf dem Balkan weder im Interesse der österreichischen Kapitalisten noch im Interesse der Gutsbesitzer Ungarns. (Dabei wies er richtig darauf hin, daß auch diese in der Zuspitzung des Verhältnisses zu den Balkanländern eine große Rolle spielten.) Der Hauptfaktor der Expansionsbestrebungen auf dem Balkan war der die führenden Kreise der Monarchie durchdringende »militärisch-dynastische Imperialismus«. Dieser leistet der wirtschaftlichen Entwicklung »Vorarbeit«, indem er den augenblicklich noch schwachen, später jedoch erstarkenden wirtschaftlichen Bestrebungen den Weg erschloß.

In seiner Argumentation stimmte Jászi mit Kunfi darin überein, daß durch die Annexion die Monarchie gestärkt wurde, daß aber durch den Umstand, daß infolgedessen das Reich gleichzeitig in seiner Mehrheit slawisch wurde, die Grundlagen des Dualismus erschüttert wurden, und eine neue Regelung notwendig geworden ist. Diese Neuregelung hing in großem Maße von der internationalen Lage und — wie Jászi betonte — von der Gestaltung der Arbeiterbewegung ab. »Und in all diesen vielen störenden Problemen und ungelösten

⁶ Jászi, Oszkár: A Balkán-bonyodalmak (Die Verwicklungen auf dem Balkan). Huszadik Század, April 1909.

Voraussetzungen — die so wirr und ungelöst sind, wie die vielen kleinen Staaten vor der Herausbildung des Deutschen Reiches und Italiens auf der Landkarte Europas waren — wird das in stets vollkommenerer Organisation konzentrierte, disziplinierte und selbstbewußte Proletariat immer kräftiger seine Stimme hören lassen.«⁷

Die Kraft des Proletariats zeigte ihren Einfluß auch in dem politischen Leben Ungarns. Das Leitmotiv der sozialdemokratischen Agitation war um die Wende 1908—1909 — als die Verschärfung der Annexionskrise mit einem europäischen Kriege droht — der Antimilitarismus. In dieser allgemeinen, kriegsgegnerischen Argumentation wird eine interessante — und in der zeitgenössischen sozialistischen Presse seltene — Meinung im Leitartikel der *Népszava* vom 25. Februar 1909, unter dem Titel »Das einzige verbotene Mittel«, dargelegt. In diesem Artikel wird — wenn auch nicht in genügend entschiedener Form — ein Unterschied gemacht zwischen gerechten, den geschichtlichen Fortschritt fördernden bewaffneten Kämpfen (wie z. B. der ungarische Freiheitskampf 1848—49, das bewaffnete Zustandbringen der italienischen Einheit) und den ungerechten, den Eroberungskriegen, zu denen auch die Aktionen der Monarchie auf dem Balkan gerechnet werden. Trotz der Stellungnahme für den gerechten Krieg, hat dieser Artikel auch einen absolut antimilitaristischen Ton. »Das einzige verbotene Mittel ist der Krieg, der vermieden werden muß.«

Der Antimilitarismus ist natürlich untrennbar mit der Frage der Armee verknüpft. Mit der Disziplin bei den bewaffneten Kräften, dem Gehorsam dem »obersten Kriegsherrn« gegenüber konnte sich die Presse natürlich nicht befassen, doch erschien auch dieses Thema in Verbindung mit der Annexionskrise — wenn auch nur in verhüllter Form — in den Spalten der sozialdemokratischen Blätter. »Ja, das Volk schweigt noch,« ist in einem Gewerkschaftsblatt zu lesen, »weil es durch die eiserne Disziplin gezwungen ist zu schweigen. Aber die schweren Fesseln dieser eisernen Disziplin beginnen sich zu lockern. Es wird die Zeit kommen, weil sie kommen muß, in der das Volk von diesen schweren Fesseln befreit sein und auf seinen eigenen Füßen gehen, die unterdrückende Macht nicht mehr über sich dulden wird, die die Besten des Volkes schonungslos zur Schlachtbank führt.«⁸ In jenen Tagen erschien in den Spalten der sozialdemokratischen Presse eine neuartige Verdammung der allmächtig scheinenden Staatsgewalt. »Nun kann jeder sehen, wie wenig wir unserer selbst Herr sind. Jedermann kann sehen, wie die schrecklichen eisernen Arme des Staates in das Leben aller eingreifen. Jetzt kann jedermann fühlen, wie wir im Dienste von Zielen, die nicht die unsrigen sind, zum Schutze von Interessen, die nicht die unsrigen sind, alles aufs Spiel setzen müssen. Die schreckliche, gefühllose Maschinerie des modernen Staates wird in diesen Tagen auch jenen offenbar, deren Augen vom Star getrübt sind.«⁹ Das Gespenst eines modernen Krieges zeigte sich ebenfalls im Vorfrühling des Jahres 1909 zum erstenmal der ungarischen Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung inmitten unheilverkündender Vorzeichen. »Unsere Genossen«, heißt es im *Építőmunkás*, »betrachten verzweifelt die zugestellte Einberufungskarte, laut der sie sich innerhalb

⁷ Ebd.

⁸ *Magyar Vasutas* (Ungarischer Eisenbahner). 1. März 1909.

⁹ *Népszava*, 19. März 1909.

von 24 Stunden am Standort ihres Regiments melden müssen.«¹⁰ All diese Stellungnahmen und Ansichten bezeugen, daß die sozialistische Arbeiterbewegung Ungarns schon geraume Zeit vor 1914 die Kriegsgefahr ihrer Bedeutung entsprechend und auch ihre Auswirkungen erwägend erkannt hatte und sich über die verschiedenen Gründe und Folgen des Krieges im klaren war.

Die Sozialdemokratische Partei sorgte im Laufe der Kampagne gegen den Krieg auch für die Registrierung der Arbeiterbewegungen in den umstrittenen Gebieten — Serbien, Bosnien und der Herzegowina. Auf dem VII. Parteitag der serbischen Sozialdemokratischen Partei im Mai—Juni 1909 war die Sozialdemokratische Partei Ungarns durch Manó Buchinger vertreten, der unter anderem erklärte: »Wir werden darum kämpfen, daß die mit Serbien abzuschließenden Wirtschaftsverträge nicht von den Agrariern diktiert werden, die Sie und auch das ungarische Volk aushungern wollen. Wir werden gegen die Barbarei den Militarismus und den imperialistischen Kapitalismus und deren Werkzeuge kämpfen. Wir wissen, daß das zum Selbstbewußtsein erwachte Proletariat Serbiens von den gleichen Gefühlen beseelt ist und wir haben deshalb keinen Augenblick gezaudert, Ihrer herzlichen Einladung mit Freude Folge zu leisten.«¹¹ Buchinger erschien ebenfalls auf dem Gründungsparteitag der bosnischen Sozialdemokratischen Partei im Juni 1909. Aus seinen Reden ist ersichtlich, daß er außer nachdrücklicher Hervorhebung der Klassengesichtspunkte, der Verkündung des proletarischen Internationalismus, die nationale Frage fast gänzlich außer acht gelassen hat. Während z. B. auf dem VII. Parteitag der serbischen Sozialdemokratischen Partei Karl Renner in diesem Zusammenhang sagte, daß »die österreichische Sozialdemokratische Partei sich stets für die Freiheit und das Selbstverwaltungsrecht der Nationen eingesetzt hat«,¹² hat Buchinger in seiner ebendort gehaltenen Rede die nationale Frage nicht einmal gestreift. Ebendeshalb ist der Wandel bemerkenswert, der sich in dieser Beziehung im Leitartikel der *Népszava* vom 11. Dezember 1909 zeigt. »Der ungarische Nationalismus beleidigt die Balkanvölker in ihrem nationalen Gefühl«, heißt es dort, »deren Stammesgenossen vom ungarischen Chauvinismus unterdrückt und drangsaliert werden.« Die Auswirkungen des ungarischen Nationalismus wurden in diesem Artikel mit dem Kampf gegen die Koalition verknüpft. »Der Agrarismus«, lesen wir, »schädigt sie in ihren wirtschaftlichen Interessen und verschließt ihren Markt vor den Industrieartikeln der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Er weckt gegen uns nationale und wirtschaftliche Unzufriedenheit, macht alle anderen Nationen zu begehrten und wertvollen Verbündeten der Balkanvölker; diese nationalistische Agrarpolitik schürt den Haß, der über kurz oder lang der Herrlichkeit des neugebackenen österreichisch-ungarischen Imperialismus den Strick drehen wird.« Die Kritik am Chauvinismus der Koalition half den Sozialdemokraten in gewissem Umfang, den Bestrebungen der Balkanvölker näherzukommen.

Unter dem Einfluß des politischen Kampfes gegen die Koalition enthielt der sich in Verbindung mit der Balkanpolitik der Monarchie herausgebildete

¹⁰ *Építőmunkás* (Bauarbeiter). 25. März 1909.

¹¹ *Népszava*, 4. Juni 1909.

¹² Ebd. Hier sei erwähnt, daß die sozialdemokratische Stellungnahme in der nationalen Frage mit der Beurteilung des dualistischen Systems im Zusammenhang stand. (Hierüber siehe: *Erényi, T.*: Die Sozialdemokratische Partei Ungarns und der Dualismus. *Nouvelles Études Historiques publiées à l'occasion du XII^e Congrès International des Sciences Historiques par la Commission Nationale des Historiens Hongrois.* Budapest 1965.)

sozialdemokratische Standpunkt — wie die obigen Erklärungen beweisen — verschiedene Elemente. Nach einigen Ausführungen stand diese Politik im Interesse der einen Absatzmarkt suchenden österreichischen Großbourgeoisie, andere hingegen hoben die Bestrebungen der ungarischen Agrarier und die sich daraus ergebende Verantwortung hervor. Der vorausweisende Zug dieses letzteren Standpunktes war, daß er das früher kaum gestreifte Problem der doppelten — nationalen und politischen — Unterdrückung aufwarf. Im Leitartikel der *Népszava* vom 15. Dezember 1909 heißt es z. B., daß »der großserbische Gedanke nur eine Form des Protestes gegen die nationale und politische Unterdrückung, gegen die wirtschaftliche und soziale Ausbeutung war, der die Südslawen sowohl in Österreich wie in Ungarn ausgesetzt waren, dort im Interesse der österreichischen Bourgeoisie, hier im Interesse des ungarischen Adels.« Obzwar die Betonung der gemeinsamen Bedeutung der doppelten, sozialen und nationalen, Unterdrückung hinsichtlich der Anerkennung der nationalen Probleme von sozialdemokratischer Seite einen Schritt nach vorne bedeutete, war diese Anerkennung dennoch beschränkt. Die Frage wurde nämlich in dem Blatt sehr einseitig, aus einer ausgeprägt ökonomistischen Sicht beurteilt. »Ein Volk oder ein Volksstamm wünscht niemals einen Staatsverband zu verlassen«, heißt es in dem Artikel, »in dessen Rahmen es sich wohlfühlt, in dessen Raum ihm Gelegenheit geboten wird, sich zu entwickeln, seine nationalen und wirtschaftlichen Interessen zu wahren.« Von diesem Aspekt stellte der Verfasser das Charakteristische darin fest, daß Serbien selbst mit seinen rückständigen Verhältnissen eventuell eine Anziehungskraft auf die in der Monarchie lebenden Südslawen ausüben könnte. Aus der Fragenstellung folgt auch deren Beantwortung. Der aus der Krise herausführende Weg ist also die Demokratisierung der Monarchie, in erster Linie durch das allgemeine, geheime Wahlrecht. Dieses würde den Machtbestrebungen des österreichischen Großkapitals und des ungarischen Großgrundbesitzes Schranken setzen und gleichzeitig verhindern, daß die außenpolitischen Angelegenheiten im wesentlichen unter Ausschluß der Volksvertretung, absolutistisch geführt werden. Es würde in seinen Auswirkungen Verhältnisse schaffen, durch die die Südslawen der Monarchie befriedigt wären.

Die Führer der Monarchie jedoch zogen es vor, die Krise durch Säbelrasseln und mit Ultimatum anstelle der Demokratisierung zu beheben. Es ist bekannt, daß im gemeinsamen Ministerrat vom 29. März 1909 die Teilmobilisierung gegen Serbien beschlossen wurde. Zwei Tage später hat die serbische Regierung — durch diesen Druck gezwungen — die Annexion anerkannt. Am 28. März hat die Budapester Arbeiterschaft eine Volkskundgebung abgehalten. Auf der Tagesordnung stand »die außenpolitische Lage«. Zsigmond Kunfi hat in seinem Referat für die Zuspitzung des Verhältnisses zu Serbien die ungarischen Agrarier verantwortlich gemacht. Der gegen Serbien gerichtete »Zollkrieg« hatte natürlich seine Gegenwirkung. Österreich-Ungarn hat die Produkte der serbischen Landwirtschaft nicht hereingelassen, Serbien seinerseits richtete gegen ungarische Industrieerzeugnisse Zollschranken auf. Kunfi betrachtete auch hier die Balkanfrage — seiner früheren Ansicht entsprechend — in den großen internationalen Zusammenhängen. Nachdrücklich lenkte er die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung des Bündnisses mit Deutschland. »Österreich-Ungarn ist mit Deutschland durch traditionelle geschichtliche Epochen, ihre Könige verbunden, Österreich-Ungarn befand sich im Schlepptau Deutschlands und dadurch entstand die Lage, daß Österreich-Ungarn

und Deutschland auf der einen Seite Europas stehen, auf der anderen unter Führung Englands alle übrigen Staaten Europas. Nach dem Stand der Dinge bewiesen jedes Erstarken Österreich-Ungarns und die Annexion Bosniens, daß Österreich-Ungarn eine imperialistische Politik betreiben wollte, was den Haß Englands gegen Österreich-Ungarn, den es eben wegen der Verbindung und Verkettung der Monarchie mit Deutschland hegt, steigerte.«¹³

Die zeitgenössische ungarische sozialdemokratische Auffassung hat im allgemeinen die verschiedenen Machtgruppierungen gleicherweise abgewiesen und machte diesbezüglich keinerlei Unterschied zwischen den Ententemächten und den Mittelmächten. Kunfi beurteilte aber schon in dieser Periode die europäische Rolle Deutschlands ausgesprochen negativ. Den Grund dafür hat er im Jahrgang 1909—1910 der theoretischen Zeitschrift der Partei, »Szocializmus« folgendermaßen dargelegt: »Die europäische Reaktion hat derzeit in Deutschland seine Hauptstütze, nachdem die Revolution und Nippons Wehrmacht den Zarismus niedergeschlagen haben. Die reaktionäre Politik des Deutschen Reiches hat in dem in Preußen herrschenden Junkertum seine Stütze.«¹⁴

Es ist interessant, Kunfis Artikel mit dem seines österreichischen Kollegen, Otto Bauer, zu vergleichen, den wir bereits erwähnt haben und der in der Zeitschrift *Der Kampf* am 1. Januar 1908 erschienen ist. Bauer geißelt in seinem Artikel ebenfalls die Balkanpolitik der Monarchie, weil diese durch Verhinderung des Aufstiegs der Balkanländer die Monarchie wertvoller Märkte beraubt. Über den Balkan teilt Kunfi die Ansicht Bauers, in bezug auf Deutschland bestehen zwischen den beiden Standpunkten gewisse Abweichungen. Nach Bauer hat das Bündnis mit Deutschland einen doppelten Inhalt. Seines Erachtens ist es aus geschichtlichen und ethnischen Gründen sowie durch den Umstand begründet, daß die zwei Mächte wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind. Übrigens würde ohne Deutschland das Donaureich [die Monarchie] zum Vasallen des zaristischen Rußlands absinken. Aus diesem Aspekt erfüllt also das Bündnis eine positive Rolle. Zugleich muß darauf geachtet werden, daß dieses Bündnis nicht zum Machtmittel der herrschenden Kreise der beiden Reiche werde. Dies würde — nach Bauer — »die Arbeiterklasse niemals dulden«. Österreich dürfe die Außenpolitik des deutschen Imperialismus nicht unterstützen. Dies ist um so wichtiger, als ohne die Unterstützung durch die Monarchie sich der deutsche Imperialismus isoliert.¹⁵ Wie ersichtlich, sprach Kunfi nur noch über die letzteren, negativen Züge des Bündnisses mit Deutschland, war also in seiner Stellungnahme eindeutiger als Bauer, dem es übrigens nicht gelang, den doppelten — progressiven und reaktionären — Inhalt des Bündnisses mit Deutschland überzeugend darzulegen. Dies konnte auch nicht gelingen, ist doch das Bündnis als ein Werk der herrschenden Kreise zustande gekommen und funktionierte in ihrem Interesse.

Von März 1909 bis Anfang 1911 herrschte in der Außenpolitik eine relative Ruhe. Veröffentlichungen zur internationalen Lage sind immer seltener erschienen, die Tätigkeit der Partei wurde durch die innenpolitischen Kämpfe stärker in Anspruch genommen.

¹³ MMTVD. Bd. IV/A. S. 103.

¹⁴ Ebd. S. 249—250.

¹⁵ *Der Kampf*, 1. Januar 1908.

Eine neue außenpolitische Aktivität wurde durch die Militärvorlage zum Ausbau der Wehrmacht ausgelöst. Auf Initiative der gemeinsamen Heeresverwaltung hat das ungarische Honvéd(Landwehr)ministerium am 23. Mai 1911 im Abgeordnetenhaus mehrere Gesetzentwürfe eingebracht. Nach diesen Vorschlägen wären die Militärausgaben von jährlich 220 Millionen Kronen auf 345 Millionen gestiegen. Das auf Ungarn entfallende jährliche Rekrutenkontingent sollte sich um fast 40 000 Mann erhöhen. Der Gesetzentwurf, der natürlich erst nach Genehmigung durch das Parlament Gesetzeskraft erhalten hätte, wurde von der parlamentarischen Opposition heftig bekämpft. Die Opposition machte die Annahme der Wehrvorlage von der Verwirklichung der sogenannten nationalen Forderungen auf militärischem Gebiet abhängig.

Die Sozialdemokratische Partei trat auf ausgesprochen antimilitaristischer Basis, die Interessen des Volkes schützend, gegen die Militärvorlage auf und setzte ihr ihre alte Forderung, die Wahlrechtsreform, entgegen. »Mit zwei Losungen beginnen wir diesen Kampf«, schrieb Népszava schon zur Zeit, als die ersten Nachrichten durchgesickert waren. »Nieder mit dem Militarismus! Es lebe das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht!«¹⁶ Was die theoretischen Äußerungen der Partei betrifft, sie blieben nicht in den erwähnten Rahmen stecken. Die Gründe der militärischen Vorbereitungen und der bewaffneten Konflikte wurden eingehender analysiert. Mit diesem Themenkreis befaßten sich hauptsächlich zwei angesehene ungarische sozialdemokratische Autoren: Zsigmond Kunfi und Jenő Varga, der Leiter des Ressorts für Volkswirtschaft bei Népszava und Sozialismus. Letzterer veröffentlichte im Jahrgang 1910—11 den Artikel »Krieg oder Frieden«, in dem er die Fragen der imperialistischen Politik hauptsächlich vom Gesichtspunkt der Eroberung und der Kolonialisierung analysierte. Nach einer Skizzierung der Herausbildung der imperialistischen Machtblöcke befaßte sich Varga — unter Berücksichtigung der auf der Tagesordnung stehenden Militärvorlagen — eingehend mit der Funktion der Armeen und stellte fest, daß das wichtigste Werkzeug der imperialistischen Politik die Armee ist. »Die Armee dient aber nicht nur den Zielen der Eroberungspolitik, sie ist gleichzeitig das mächtigste Instrument zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft. Die letzte Zuflucht der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten gegen ihre revoltierenden Arbeiter ist eine gut ausgerüstete, gut disziplinierte, von militärischer Ideologie durchdrungene Armee. Die imperialistische Politik bringt in allen Ländern einen Aufschwung der Ideologie des Militarismus und des Hurratriotismus mit sich.«

Zu den außenpolitischen Fragen im engeren Sinne stellte der Verfasser fest, daß die Lage der Zentralmächte immer ungünstiger wird. Die Vernunft würde diktieren, daß die Zentralmächte und Frankreich sich eng zusammenschließen, um »mit vereinter Kraft ihre wirtschaftliche und Machtposition den die Welt aufteilenden Weltmächten gegenüber zu verteidigen«. In Wirklichkeit aber wurde auch Italien infolge der Irredenta und seiner Eroberungsbestrebungen auf dem Balkan der Monarchie immer mehr entfremdet. Während Varga — im Gegensatz zum erwähnten Standpunkt Kunfis in der Frage Deutschlands — England, den Vereinigten Staaten und Rußland gegenüber einen gewissen europäischen kontinentalen Zusammenschluß urgierete, nahm er — ebenso wie Kunfi — entschieden für den Frieden Stellung. Auch er sah im Kampf

¹⁶ Népszava, 7. Februar 1911.

gegen den Krieg eine wichtige Aufgabe der Arbeiterbewegung, wenn auch dies seines Ermessens das Wettrüsten nicht verhindern könne. »Obgleich die Arbeiterschaft die Kriegsvorbereitungen nicht verhindern kann, wird es zu einem tatsächlichen Krieg kaum kommen.« Seine Meinung begründete er damit, daß in Mitteleuropa, wo die Arbeiterbewegung sehr stark war, »es gegen das allgemeine Interesse der herrschenden Klasse lag, die Armee, Stütze und Grundstein der ganzen Klassenherrschaft, einer Niederlage auszusetzen.«

Kunfi analysierte in seinem Artikel mit weniger Optimismus als Varga »die neueste Epoche der Entwicklung des Kapitalismus«. Hauptsächlich nach Hilferding und Parvus wies er auf den Entstehungsprozeß des Finanzkapitals hin, auf die Rolle der Kartelle und Truste. Er betonte, daß die direkte Aktion des »in den Banken konzentrierten Großkapitals die mächtigste Kraft der Politik sein wird. Nachdem diese hauptsächlich Expansion und Erwerbung neuer geschützter Märkte erfordert, und da dies bei der derzeitigen Aufgeteiltheit der Welt nur mit bewaffneter Kraft durchgeführt werden kann, wird die Rüstung zum Hauptanliegen des Staates und ein bestimmter Faktor seiner Politik.«¹⁷

Zu den unmittelbaren politischen Fragen bemerkte Kunfi, daß in Österreich-Ungarn (und auch in Italien) »die den Imperialismus schaffenden wirtschaftlichen Kräfte noch nicht ihre wirkliche Stärke erreicht haben«; trotzdem betreiben beide Staaten eine imperialistische Politik, über deren Gefahr die öffentliche Meinung aufgeklärt werden muß. Hier erschien auch bei Kunfi der bereits erwähnte Jászische Gedanke: die Politik schreitet vor der Wirtschaft einher, bereitet ihr gleichsam den Weg.

Die Kriegsgefahr und die Probleme der Außenpolitik der Monarchie traten im Herbst 1911 abermals in den Vordergrund des ungarischen politischen Lebens. Während die Marokkokrise — bei der die sozialdemokratische Presse übrigens sowohl den deutschen wie den französischen Imperialismus verurteilte — Ungarn unmittelbar nicht berührte, stand die Politik Italiens — angesichts der Aspirationen auf dem Balkan — stets im Interesse der öffentlichen Meinung der Monarchie. Der Vollzugausschuß des Internationalen Sozialistischen Bureaus hat bei Ausbruch des Krieges in Tripolitanien »an die Arbeiter der ganzen Welt« einen Aufruf gerichtet, in dem das Blutvergießen verurteilt und das internationale Proletariat zur Organisierung von Protestaktionen aufgerufen wurde. Im Rahmen dieser Aktionen fand in Budapest am 11. November 1911 eine Protestversammlung gegen den Krieg statt. Auf dieser Massenkundgebung sprachen im Namen der österreichischen Sozialdemokraten Otto Bauer, von ungarischer Seite Dezső Bokányi. Bauer sprach von den Kriegen als notwendige Attribute des Kapitalismus und verwies darauf, daß die bewaffneten Zusammenstöße revolutionäre Bewegungen des Proletariats auslösen können. Bokányi gab eine Übersicht über die internationale Lage und verurteilte gleicherweise die einander gegenüberstehenden Machtgruppierungen. In der angenommenen Resolution wurde gegen den Krieg protestiert und eine friedliche Regelung der Meinungsverschiedenheiten gefordert, wobei »mit dem unerschütterlichen Klassenbewußtsein der Arbeiterorganisationen gerechnet wird, mit welchem dem Sozialismus und dem Frieden zwischen den Nationen zum Siege verholfen wird.«¹⁸ Der Budapester

¹⁷ MMTVD. Bd. IV/A. S. 429.

¹⁸ Ebd. S. 413.

Massenkundgebung folgten ähnliche Veranstaltungen in den größeren Provinzstädten.

Während in den sozialdemokratischen theoretischen Schriften das Wesen des Imperialismus und als dessen Folge der Krieg zwischen den Großmächten als reale Gefahr behandelt wurde, kam in der politischen Taktik der Sozialdemokratischen Partei auch ein entgegengesetzter Zug zur Geltung. Wir begegnen Argumentationen, wonach Aufrüstung, Stärkung der Armee deshalb nicht notwendig seien, weil die Kriegsgefahr nicht real ist, diese eigentlich nur von den herrschenden Kreisen aufgeblasen wird, um die Erfüllung ihrer Forderungen zu erpressen. Nach Ausbruch des italienisch-türkischen Krieges berief sich Népszava z. B. darauf, daß von seiten Italiens nunmehr keine Kriegsgefahr drohe. »Denn jedermann weiß«, heißt es im Leitartikel des Blattes vom 30. September 1911, »daß die österreichisch-ungarischen Kriegsvorbereitungen von den offiziellen militärischen und diplomatischen Kreisen mit den Abgeschmacktheiten des italienischen Nationalismus begründet werden. Auf dieser Grundlage forderten sie Dreadnoughts, zur Erhöhung des Präsenzstandes der Armee mehr Rekruten, damit die Monarchie einen eventuellen Angriff der Italiener abwehren könne. Wenn eine solche Absicht auch bestanden hätte, so ist nach dem Unternehmen in Tripolitanien ein solcher Angriff auf lange Zeit unmöglich geworden.«

Unter den politischen Kräften Ungarns haben in Fragen des Krieges und der Außenpolitik abermals die bürgerlichen Radikalen einen dem sozialdemokratischen ähnlichen Standpunkt bezogen. Diese bürgerlich radikale Stellungnahme war darum bedeutungsvoll, weil sie — mit den Sozialdemokraten übereinstimmend — die Sicherung des Friedens nicht in abstraktem Pazifismus sah. »Der Geist der Krieges«, schrieb im Zusammenhang mit dem Ausbruch des italienisch-türkischen Krieges das Tagesblatt Világ (Die Welt), »ist mächtig und schert sich nicht um schöne Worte. Aber schon wächst die neue Macht heran, die die Kraft hat, sich ihm entgegenzustellen. Die Stimme der neuen Macht ist bereits hörbar und die neuen Waffen klirren schon. Mit diesen Waffen wird der große Kampf um den Frieden ausgefochten werden. Nur mit diesen, mit sonst nichts.«¹⁹

Im Vordergrund des politischen Kampfes der sozialistischen Arbeiterschaft stand im Frühjahr 1911 der Protest gegen die Aufrüstung und gegen die im Abgeordnetenhaus eingebrachten Militärvorlagen. Während die oppositionellen Unabhängigen sich geneigt zeigten, als Gegenleistung für die sogenannten nationalen Forderungen (ungarische Kommandosprache, ungarische Hoheitsabzeichen bei den ungarischen Regimentern) die Vorlagen anzunehmen, wurde dieser Kuhhandel von den Sozialdemokraten scharf abgelehnt.²⁰ Im Leitartikel vom 1. November 1911 drohte Népszava, daß falls die Regierung ohne die Wahlreform durchzuführen, die Militärvorlage durchpeitschen will, »sie mit dem äußersten Widerstand der Arbeiterschaft rechnen müsse«. Durch den Umstand, daß die Partei zwischen Wahlreform und Militärvorlage ein Junktim schuf, wurde dem Kampf gegen die Militärvorlage zu einem gewissen Grade die Spitze genommen. Prinzipiell war die Partei — wie es in der Népszava vom 2. November 1911 heißt — eindeutig antimilitaristisch. Von diesem Standpunkt bringt sie die Annexion Bosniens, die Einverleibung von Tripoli-

¹⁹ Világ (Die Welt), 17. Oktober 1911.

²⁰ Népszava, 13. April 1911.

tanien durch die Italiener und die von Marokko durch die Franzosen auf einen gemeinsamen Nenner. Aber die Aufwerfung der Frage läßt — wie auch der Leitartikel vom 1. November zeigt — eine gewisse Reihenfolge erkennen; daraus kann gefolgert werden, daß im Falle der parlamentarischen Wahlrechtsreform die Sozialdemokratische Partei geneigt wäre, die Militärvorlage in Erwägung zu ziehen. Es handelt sich hier nur um eine Vermutung, die jedoch nicht jeder Grundlage entbehrt. Das Leitmotiv der Wahlrechtspolitik der Partei war nämlich schon seit Jahren: Alles der Verwirklichung des allgemeinen geheimen Wahlrechtes zu unterordnen.

Dieses Verhalten der Partei wurde von den oppositionellen Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung scharf kritisiert. Das Blatt der von Gyula Alpári geführten Opposition, *A szociáldemokrata* (Der Sozialdemokrat) warf in seiner Märznummer 1911 den Führern der Sozialdemokratischen Partei vor, daß sie nach Verwirklichung der Wahlreform, des sogenannten Volksparlaments, geneigt wären, über die Militärvorlage zu verhandeln. Die Parteileitung wurde auch von der sich um Ervin Szabó gruppierenden Opposition syndikalistischer Färbung kritisiert. Die Zeitschrift »*Társadalmi Forradalom*« (Soziale Revolution) verurteilte in einem Artikel vom 16. Juli 1911 die Aufrüstung und die Kriegspolitik und erklärte: »Nicht Volksversammlungen sind nötig, nicht Wahlrecht, nicht Demonstrationsmärsche, sondern gegen die Armee gerichtete Flugblätter, mündliche und schriftliche Agitation, die sowohl innerhalb wie außerhalb der Kasernen, unter den Jungarbeitern ebenso wie daheim in der Familie die schädliche Rolle der Armee, die Greuel und Schrecken des Krieges entlarven würden. Die Armeen müssen abgeschafft werden, oder man muß sie zumindest für die Proletarierklasse gewinnen, damit sie sich gemeinsam gegen ihren einzigen Feind, den Kapitalismus, wenden. Der schon seit so langer Zeit und so heiß ersehnte Weltfrieden kann nur über die Leiche des Kapitalismus hinweg triumphieren.«²¹

Die erste Kritik verweist auf den grundlegenden Charakterzug der Politik der Parteileitung: Die einseitige, bedenkenlose Voranstellung und wahrhaftige Fetischisierung des Kampfes um das allgemeine Wahlrecht. Die Leitung der Sozialdemokratischen Partei hat 1905—1906 eben im Interesse der Erringung des allgemeinen, geheimen Wahlrechtes mit der vom Herrscher ernannten außerparlamentarischen Regierung kooperiert, später — seit 1911 — mit dem linken Flügel der oppositionellen Unabhängigen. Diese Politik trug zu dem in vieler Hinsicht luxemburgianischen Alpárischen oppositionellen Auftreten bei. Inwiefern die Anschuldigungen der Opposition berechtigt waren, konnte nicht festgestellt werden, weil vor 1914 keine tatsächliche Wahlrechtsreform durchgeführt wurde.

Die Kritik der *Társadalmi Forradalom* entsprach den bekannten syndikalistischen Grundsätzen, widersprach jedoch den auf den Kongressen der Internationale angenommenen Beschlüssen in der Frage des Krieges und der Großmachtspolitik, so der Stuttgarter Resolution vom Jahre 1907, die den Kampf gegen den Krieg zur Aufgabe machte wie die Ausnutzung des bereits unabweidbaren Krieges zur sozialen Revolution. Außerdem hätte die von der *Társadalmi Forradalom* vorgeschlagene antimilitaristische Agitation nur illegal sein können; derartige Kampfmethoden wurden jedoch von der Sozialdemokratischen Partei abgelehnt, und sie war für sie auch gar nicht gerüstet.

²¹ MMTVD. Bd. IV/A. S. 351—352.

Mitten in die Debatte über die Militärvorlage platzte jenes Ereignis herein, das die Gefahr eines allgemeinen europäischen Krieges konkret heraufbeschwor: am 14. Oktober 1912 überreichten die verbündeten Länder — Serbien, Bulgarien, Griechenland, Montenegro — der Pforte ihr Ultimatum und vier Tage darauf begannen die Kriegshandlungen gegen die Türkei; der erste Balkankrieg war ausgebrochen. Am 17. Oktober brachte Népszava die Proklamation des Internationalen Sozialistischen Bureaus sowie der Sozialisten der Türkei und der Balkanländer. In der Proklamation des Internationalen Sozialistischen Bureaus wurde der Protest gegen die Kriegspolitik scharf zum Ausdruck gebracht. Im Manifest der Sozialisten des Balkans wurde festgestellt, daß der Krieg von beiden kriegführenden Parteien ungerecht ist und einen Eroberungscharakter trägt. Durch den Sieg der Verbündeten würde das Türkische Reich zerfallen und »der Löwenanteil der Beute, die wirtschaftlich wertvollsten Gebiete und die strategisch wichtigsten Punkte würden in den Besitz der großen kapitalistischen Staaten gelangen, die schon seit Jahrhunderten bestrebt sind, einzelne Stücke des Ostens zu erwerben«. Weiter heißt es in der Proklamation: »Die sozialistischen Parteien sind keine Feinde der nationalen Einheit. Das Recht der Nationalitäten auf autonomes Leben ist nur ein Resultat der von der Arbeiterinternationale stets betonten nationalen Gleichberechtigung, ein Folge jenes Standpunktes, der gleicherweise gegen die Privilegien der Klasse, der Rasse und der Religion kämpft.«²² Die Proklamation zog die Schlußfolgerung, daß unter den komplizierten ethnischen Verhältnissen auf dem Balkan auch der Sieg der Verbündeten die nationale Unterdrückung nicht abschaffen würde, höchstens der Unterdrücker würde sich ändern. »Das Bürgertum und der Nationalismus sind unfähig, eine wirkliche und dauerhafte nationale Einheit zu schaffen. Was der eine Krieg schafft, kann ein anderer vernichten. Die nationale Einheit, deren Grundlage die Unterdrückung anderer Rassen ist, kann nicht dauerhaft sein. Durch den Nationalismus wird die Unterdrückung nicht abgeschafft, er gibt dem Unterdrücker nur einen anderen Namen und setzt vielleicht das Maß der Unterdrückung herab. Eine wirkliche nationale Einheit kann nur die politische Demokratie schaffen, die allen Gleichheit sichert ohne Rücksicht auf Rasse, Religion und Klasse.«²³

Die Proklamation lehnt also den Krieg in seiner Gänze ab und hält den Sieg der Verbündeten höchstens für einen nur relativen und sehr geringen Fortschritt den bestehenden Verhältnissen gegenüber (»... und setzt vielleicht das Maß der Unterdrückung herab«). Diese Beurteilung, deren Quelle die kategorische Verurteilung jedweden Krieges ist, ist einseitig und macht später — wie wir sehen werden — eine Wandlung durch. Die Liquidierung der türkischen Herrschaft auf dem Balkan, das Zustandekommen von Nationalstaaten hätte die nationale Unterdrückung zweifellos auf einen wesentlich engeren Rahmen beschränken können — was später auch geschehen ist — und die wirtschaftlich-soziale Entwicklung dieser Länder bedeutend beschleunigt. Auch muß in Betracht gezogen werden, daß im Ottomanischen Reich die verschiedenen Ausbeutungsformen feudalen Charakters noch stark zur Geltung kamen. Später hat sich herausgestellt, daß die in die jungtürkische Bewegung

²² Ebd. S. 549.

²³ Ebd. S. 549—550.

gesetzten sozialdemokratischen Hoffnungen sich nicht erfüllt haben; diese Bewegung war — eben infolge ihres bürgerlich-nationalistischen Charakters — nicht geeignet, den im Zerfall befindlichen Nationalitätenstaat zusammenzuhalten und konnte nur der Ausgangspunkt der späteren, nach 1919 einsetzenden — sich im wesentlichen nur auf die von Türken bewohnten Gebiete erstreckenden — sogenannten nationalen Erneuerung werden.

Die Proklamation trug die mit der nationalen Frage zusammenhängenden, in der II. Internationale und hauptsächlich in der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie allgemein herrschenden Ansichten. Diese haben — wie bekannt — die progressiven Züge der bürgerlichen nationalen Entwicklung außer acht gelassen und die Lösung der nationalen Frage quasi automatisch von der sozialen Umgestaltung erwartet. Die Proklamation spricht von »politischer Demokratie«, ohne eingehend darzulegen, was darunter zu verstehen ist. Die vorgezeichnete Perspektive war die Schaffung der Balkanföderation, die allen Nationen »Freiheit und totale Selbstverwaltung« gewährleisten sollte.

Die Proklamation lieferte — im Einklang mit dem Aufruf des Internationalen Sozialistischen Bureaus — auch der Sozialdemokratischen Partei Ungarns die theoretische Plattform zum Kampf gegen den Krieg. Die ungarische Sozialdemokratie bezog den gleichen Standpunkt, den die österreichische Sozialdemokratie im Aufruf vom 13. Oktober 1912 »An das arbeitende Volk aller Nationen in Österreich« verkündete. Dieser Aufruf wies darauf hin, daß durch den Balkankonflikt die Gefahr eines Weltkrieges heraufbeschworen wurde. Die Losung hieß, daß die wichtigste Aufgabe die Wahrung des Friedens sei, das Anliegen des Balkans aber müßten die Balkanvölker selber entscheiden. Im Aufruf wurde vor allem der russische Zarismus als Todfeind des europäischen Friedens und der europäischen Kultur gebrandmarkt und auf die Verantwortung des italienischen Imperialismus und — nachdrücklichst — auch auf die Verantwortung der Monarchie hingewiesen. Die Rolle der Agrarier bei der Zuspitzung der Lage wurde ebenfalls angeprangert und festgestellt: »Die Völker Österreichs haben nur ein Interesse auf dem Balkan, den friedlichen Warenaustausch mit den Balkanvölkern!«²⁴ Ähnlich nahm auch die Arbeiter-Zeitung in ihrem Leitartikel vom 18. Oktober 1912 (»Der Krieg ist ausgebrochen«) Stellung, in welchem — rückblickend — auch die Annexion als eine Ursache der Kriegskrise bezeichnet wurde.

Die ungarischen sozialdemokratischen Blätter brachten außer der Verurteilung des Krieges und der Analyse der Balkanfrage ein neues Problem zur Sprache und zwar den Zusammenhang zwischen Krieg und Revolution. In dem am 8. September 1912 erschienenen Leitartikel (»Die Furien des Krieges«) wurde noch die alte Feststellung wiederholt: »Die großen kapitalistischen Staaten wollen die Welt von neuem unter sich aufteilen«, aber »die Völker Österreich-Ungarns wollen keinen Krieg«. Der Leitartikel vom 2. Oktober 1912 trug schon die Überschrift »Krieg und Revolution«. Darin heißt es: »Die werktätigen Menschen können nicht durch einen gegen fremde Völker geführten *Krieg*, sondern durch einen gegen ihre Unterdrücker geführten *Klassenkampf* am besten ihr Los verbessern.« Im Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen der Monarchie lesen wir: »Mögen sich jene, die dem auch ansonsten verelendeten, von der Teuerung, der politischen Rechtlosigkeit und der bevorstehenden

²⁴ Arbeiter-Zeitung, 13. Oktober 1912.

allgemeinen Wirtschaftskrise in die Verzweiflung getriebenen Volke Gewehre in die Hand geben werden, die Sache gut überlegen. In einer solchen Lage befanden sich diejenigen, die die 'Commune' und die Ereignisse der russischen Revolution hervorgerufen haben, jene Ereignisse, in denen sich das bewaffnete Volk nicht gegen den äußeren Feind wandte, sondern eingedenk dessen, daß die Machthaber das Volk stets 'inneren Feind' nannten, die erhaltene Waffe gegen diesen inneren Feind umkehrte. Hinter dem Krieg steht selbst in jenen Ländern die Möglichkeit der sozialen Revolution, wo das Volk mehr Recht und Wohlstand genießt als bei uns. Diese Gefahr besteht in erhöhtem Maße in Ungarn, wo die Ereignisse der letzten Monate in die Herzen anarchistischen Aufruhr säen und wo zur Revolution eigentlich nichts anderes mehr erforderlich ist als jene Waffen, die einstweilen vom Staate verwahrt werden.« Die Nummer vom 20. Oktober brachte unter dem Titel »Die russische Sozialdemokratische Partei und der Krieg« — ohne Angabe des Verfassers — den von Lenin verfaßten Aufruf der russischen Sozialdemokraten, in welchem ein Hoch auf die russische demokratische Republik, auf die föderative Balkanrepublik sowie auf den Sozialismus ausgebracht und gegen die zaristische Außenpolitik sowie gegen den ganzen internationalen Imperialismus Stellung genommen wird. Népszava verurteilte in ihrem Artikel »Der einzige Schuldige ist die Wiener Diplomatie« am 16. November 1912 scharf die Balkanpolitik der Monarchie. In der Nummer vom 14. November veröffentlichte sie unter dem Titel »Der Krieg und die Lage der bulgarischen Arbeiterschaft« den Brief G. Dimitroffs aus Sofia, der über das Wüten des dortigen Militarismus berichtet. Am 15. November erschien in den Spalten des Blattes unter der Überschrift »Der Balkankrieg« ein Brief D. Blagoews.

Gegen die Kriegsvorbereitungen erhoben — ähnlich wie Népszava — auch die sozialdemokratischen Blätter der Nationalitäten Ungarns ihre Stimme. Das slowakische Parteiblatt verdammt unter der Schlagzeile »450 Millionen für das Militär« die Außenpolitik der Monarchie,²⁵ das serbische Parteiblatt nahm in dem Artikel »Wir und der Balkankrieg« für die Idee der föderativen Balkanrepublik Stellung. Im Leitartikel wird auch festgestellt, die Monarchie habe kein Recht, sich als Befreier des Balkans aufzuspielen, unterdrückt sie doch ihre eigenen Völker.²⁶ Dasselbe Blatt veröffentlichte am 26. Oktober das Baseler Manifest sowie die Aufrufe der türkischen und der Balkan-Sozialdemokraten gegen den Krieg. Das kroatische Blatt schrieb im Artikel »Die Aufgabe des revolutionären Proletariats«, die Arbeiterklasse müsse mit allen Mitteln gegen den Krieg kämpfen.²⁷ Das Blatt der rumänischen Sozialdemokraten in Ungarn berichtete über die Antikriegskundgebung der rumänischen sozialdemokratischen Sektion von Broos (Szászváros) am 20. Oktober.²⁸

Auch die Gewerkschaftsblätter nahmen Stellung in der Frage der Kriegsgefahr. Am 25. Oktober betont die Typographia in »Die wirtschaftliche Lage« nachdrücklich, daß die organisierte Arbeiterschaft den Frieden fordere. (Einen Artikel ähnlichen Charakters brachte der Építőmunkás [Der Bauarbeiter] am 3. Oktober 1912 unter dem Titel »Wir protestieren gegen den Krieg« und das Blatt Világszabadság [Weltfreiheit] am 19. Oktober unter dem Titel

²⁵ Robotnicke Noviny, 10. Oktober 1912.

²⁶ Sloboda, 12. Oktober 1912.

²⁷ Nova Borba, 1. November 1912.

²⁸ Adeverul, 1. November 1912.

»Unser Kampf ist unsere Waffe.«) Das der Alpárischen Opposition nahestehende Blatt der Transportarbeiter stellte fest, daß das Proletariat den Frieden wolle, wenn ihm aber dennoch der Krieg aufgezwungen werde, dann habe sich »der Kapitalismus sein eigenes Grab geschaufelt.«²⁹ Das Blatt *Nőmunkás* (Die Arbeiterin) befaßte sich in der Nummer vom 1. November unter dem Titel »Der Krieg und die Teuerung« mit den schädlichen Folgen der Kriegspolitik.

Die Einstellung gegen den Krieg der sozialistischen Bewegung offenbarte sich nicht nur in politisch-theoretischen Erklärungen, sondern auch in Demonstrationen. Am 4. November 1912 kam Franz Joseph nach Budapest, und aus diesem Anlaß veranstaltete die Sozialdemokratische Partei eine Demonstration, die von der Parteileitung teils als Kundgebung für das allgemeine Wahlrecht, teils als Protest gegen den Krieg gedacht war. Neben den Losungen, die das allgemeine Wahlrecht forderten, waren auch Rufe »Es lebe der Frieden!«, »Nieder mit dem Krieg!« zu hören. Am 17. November wurden dem Aufruf des Internationalen Sozialistischen Bureaus entsprechend in ganz Europa, so auch in Budapest, große Kundgebungen gegen den Krieg veranstaltet. An der Massenversammlung nahm auch Karl Liebknecht teil. In seiner Rede sind neben konsequenter Stellungnahme gegen den Krieg in der Beurteilung der Lage auf dem Balkan gewisse Widersprüche festzustellen. Am Anfang seiner Rede stellte er — dem erwähnten Aufruf des Internationalen Bureaus und der Balkansozialisten entsprechend — ein Gleichheitszeichen zwischen den Verbündeten und der Türkei. »Die Sklaven des Kapitalismus in den Balkanstaaten, die Sklaven der halbbarbarischen oder ganz barbarischen öffentlichen Zustände wurden zu Fahnenträgern der Freiheit gemacht, um den unter dem türkischen Joch schmach tenden Völkern die Freiheit zu bringen. Und was wird mit ihnen geschehen, wenn sie diese Arbeit verrichtet haben? Dann werden sie heimkehren und wieder ins Joch der Sklaverei gespannt werden.«³⁰ Im weiteren sprach er davon, daß aus dem Balkankonflikt ein allgemeiner Krieg entstehen könne, »der vielleicht auch den Zusammenbruch der kapitalistischen Welt bedeutet«. Trotzdem müsse gegen die Kriegsgefahr gekämpft werden, die in erster Linie die herrschenden Kreise Österreich-Ungarns heraufbeschworen haben. Hier setzte er schon kein Gleichheitszeichen zwischen den einander gegenüberstehenden Parteien und verurteilte scharf die Monarchie, weil die Wiener Politik wolle, daß »Serbien nicht frei sei, daß Serbien der Leibeigene Österreichs werde, daß sonstige Völker nicht frei werden«. Die Monarchie ist schon im vorhinein ungeeignet, die Freiheit der Völker zu repräsentieren, stellte Liebknecht fest. »Wie, ein Staatsgebilde, das eine ganze Reihe Nationalitäten brutal unterdrückt, sollte für die Freiheit anderer Völker eintreten?!«

Liebknecht befaßte sich in seiner Rede auch mit dem Bündnis zwischen der Monarchie und Deutschland. »Wenn in Österreich die lenkenden Kreise meinen, daß ihre Taktik nicht geändert werden müsse und sie ihr Spiel fortsetzen können, weil sie sich auf das militärisch starke Deutschland als Rückendeckung verlassen können, so muß ich ihnen zurufen: diese Rückendeckung gibt es eigentlich gar nicht! Das deutsche Volk wird nämlich nicht geneigt sein, sich um den Balkan abschlachten zu lassen.«³¹

²⁹ Kúzdelem (Kampf), 1. November 1912.

³⁰ MMTVD. Bd. IV/A. S. 568.

³¹ Ebd. S. 569.

Von ungarischer Seite ergriff Dezső Bokányi das Wort und sprach davon, daß die Monarchie durch ihre Einmischung in die Verwicklungen auf dem Balkan das Los der Türkei ereilen könne; die Monarchie knüpft keinerlei Interesse an die Herrschaft über Albanien, aber um so mehr an die innere Demokratisierung. Die sozialdemokratische Zielsetzung faßte er in folgendem zusammen: »Nützliche, starke Wirtschaftspolitik im Innern, nach außen Frieden dem Balkan!« Dem folgte auch die Resolution der Massenversammlung: »Die versammelte Arbeiterschaft warnt die Regierungen und die Diplomatie Österreich-Ungarns vor der Schuld, das Land in das unheilvolle große Unglück eines Krieges zu stoßen. Jene Interessen, die es angeblich auf dem Balkan wahren müsse, sind das Leben eines einzigen Soldaten nicht wert. Der Frieden darf weder für die sogenannte Unabhängigkeit Albaniens noch für irgendeine Großmachtthorheit gefährdet werden. Das höchste politische und wirtschaftliche Interesse der Völker der Österreichisch-Ungarischen Monarchie erfordert, daß sie mit den Balkanvölkern ständig und dauerhaft in Freundschaft und gutem Einvernehmen lebe.«³² Diese Resolution wurde auch von jenen Massenversammlungen angenommen, die die Sozialdemokratische Partei in fast allen bedeutenderen Provinzstädten organisierte.

Der Optimismus, den die Kundgebung am 17. November — in erster Linie die Rede Liebknechts — widerspiegelte, schien begründet zu sein. Die deutsche Parteipresse hat die Balkanpolitik der Monarchie scharf verurteilt und für die Kriegsspannung in erster Linie die Monarchie verantwortlich gemacht. In dem im Zentralorgan der Partei am 17. November 1912 erschienenen Aufruf z. B. wird festgestellt: »Uns gehen Österreichs Großmachtssüchte nichts an und wir halten es für ein Verbrechen, daß die Frage, ob Serbien einen Hafen an der Adria erhält, einen Kriegsgrund bilden soll.«³³ Im wesentlichen vertrat auch Karl Kautsky ähnliche Schlußfolgerungen. In seinem sich mit dem Balkankrieg befassenden Artikel stellte er fest, daß — obgleich Rußland und Österreich-Ungarn gleicherweise Expansionsbestrebungen auf dem Balkan haben — für die Zuspitzung der Lage in erster Linie die Monarchie verantwortlich gemacht werden müsse, denn »in Österreich . . . sind die Industriellen wie die Agrarier die Gegner des ökonomischen Gedeihens seiner südlichen Nachbarn, in erster Linie Serbiens; und seine militaristischen Kreise haben den Traum eines Vormarsches nach Saloniki noch nicht ausgeträumt.« Demgegenüber könne in russischer Relation von einem solchen Konflikt nicht gesprochen werden.³⁴

Die Kundgebungen der deutschen und österreichischen Sozialdemokraten und die Ansichten der ungarischen Sozialdemokraten stimmten mit den Beschlüssen des Baseler Kongresses der Internationale vom November 1912 vollkommen überein. Der Beschluß machte es allen Sozialdemokraten der Monarchie zur Pflicht, »so wie bisher, auch in Zukunft sich dem Plane zu widersetzen, der Serbien mit Waffengewalt um die Früchte des Krieges bringen und es zur Kolonie Österreichs machen will, dadurch aber — aus dynastischem Interesse — die Völker Österreich-Ungarns, zugleich aber auch alle Nationen Europas in größte Gefahr bringt«,³⁵ ferner wurde betont, daß das

³² Ebd. S. 571.

³³ Vorwärts, 17. November 1912.

³⁴ Karl Kautsky: Der Krieg und die Internationale. Die Neue Zeit, 8. November 1912.

³⁵ MMTVD. Bd. IV/A. S. 575.

Volk Albaniens Recht auf Selbstbestimmung habe und nicht »Opfer der Herrschsucht« der Monarchie und Italiens werden dürfe. Die Proklamation griff auch das zaristische Rußland scharf an, das bestrebt war, die Lage auf dem Balkan zur Durchsetzung seiner despotischen Machtbestrebungen zu nutzen. Im weiteren wurde darauf hingewiesen, daß vom Gesichtspunkt der ganzen internationalen Lage die wichtigste Aufgabe sei, eine Annäherung einerseits zwischen England und Frankreich, andererseits Deutschland anzustreben. Wenn erstere Rußland nicht unterstützen würden, letzteres wieder die Monarchie, könnte der Frieden gefestigt, die Machtposition des Zarismus erschüttert und der österreichisch-ungarische Angriff auf Serbien vereitelt werden.

Auf dem Kongreß hat sich übrigens von den Sozialdemokraten Österreich-Ungarns nur Viktor Adler zum Worte gemeldet, der darauf hinwies, daß »die Völker Österreichs im Kriege gar nichts gewinnen können . . . Denn selbst ein siegreicher Krieg könnte den Zerfall Österreichs bedeuten, denn dieses Reich sei ohnehin von der Gefahr des Auseinanderfallens bedroht.«³⁶ Am 25. November 1912 teilte Viktor Adler mit, daß die ungarische Sozialdemokratie »diese Proklamation vollinhaltlich annehme« und er deshalb — auch mit Rücksicht auf die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit — das Recht, das Wort zu ergreifen, nicht in Anspruch nehme.³⁷

Die Kriegsgefahr verminderte sich im Mai 1913, als die Verbündeten und die Türkei Frieden schlossen. Bald kam es aber zu einer weiteren bewaffneten Auseinandersetzung; im Juni 1913 begann der zweite Balkankrieg. Während des Krieges blieb die Stellungnahme der österreichischen und ungarischen Sozialdemokraten unverändert. Die österreichischen griffen die Außenpolitik der Monarchie heftig an, die das Reich vollkommen isolierte, es nicht nur Serbien und Rußland, sondern darüber hinaus auch Italien, und sogar Rumänien entgegenstellte. Zu gleicher Zeit unterblieb die Demokratisierung und es entstand eine schwere Krise. Nun aber muß die Monarchie »sich umgestalten oder sie muß zerfallen«, stellte Otto Bauer in der Augustnummer der Zeitschrift *Der Kampf* fest.³⁸

Im Jahre 1913 beschäftigte auch die ungarischen Sozialdemokraten in Verbindung mit der Außenpolitik das Problem der Umgestaltung oder des Zerfalls. Die früher oft verkündete Ansicht, die Monarchie könnte durch eine Demokratisierung noch gerettet werden, wurde im Laufe dieses Jahres immer mehr von der Erkenntnis abgelöst, daß diese Chance verpaßt wurde. József Pogány meinte in seinem Artikel »Kampf um die Hegemonie auf dem Balkan«, daß die Monarchie bereits vom Schicksal der Türkei ereilt wurde. »Die ganze Habsburger Herrschaft besteht nur aus dem Gleichgewicht nach auswärts gerichteter Bestrebungen: kroatische Irredenta, dalmatinische Irredenta, italienische Irredenta, rumänische Irredenta, ruthenische Irredenta — das ist das politische Bild der Österreichisch-Ungarischen Monarchie.«³⁹ Pogány machte keinen Unterschied mehr zwischen Südslawen innerhalb und außerhalb der Monarchie, wie die früheren sozialdemokratischen Publikationen. Er verwies darauf, daß die österreichischen und die ungarischen Südslawen aus

³⁶ Népszava, 27. November 1912.

³⁷ Népszava, 26. November 1912.

³⁸ Zitiert in *János Jemnitz: A háború veszélye és a II. Internacionálé* (Die Kriegsgefahr und die II. Internationale). Budapest 1966. S. 289.

³⁹ Pogány, József: *Küzdelem a balkáni hegemoniáért*. Szocializmus. Jg. 1912—13. Nr. 10.

dem Habsburger Reich heraus wollen und Anhänger der großserbischen Idee sind. Er betonte, daß die fortschreitende außenpolitische Isolierung der Monarchie tiefgreifende innere Gründe habe. Durch die Herrschaft über die Slawen geriet sie notgedrungen in Gegensatz zu Rußland, das eine Hegemonie auf dem Balkan anstrebt, mit Italien kann sie wegen der Irredenta nicht übereinkommen, auch ist sie Italien gegenüber wegen der Adria besorgt, der rumänische Nationalismus macht es ihr unmöglich, mit Rumänien zu einem Übereinkommen zu gelangen. Die Dynastie hätte sich an die Spitze der föderalistischen und demokratischen Bestrebungen der Völker stellen können, hat aber diese Gelegenheit versäumt. »Mit dieser Politik«, heißt es weiter, »hat sie sich schon aus dem Balkan ausgeschaltet, und wenn sie auf diesem Pfade weitergeht, wird sie sich auch aus Österreich-Ungarn ausschalten.«

Denselben Gedanken widerspiegelt ein — wahrscheinlich ebenfalls aus der Feder von József Pogány stammender — Artikel vom 11. Juni 1913 in der *Népszava*: »Monarchie von István Tizsas Gnaden«, in welchem nach einem Überblick der verschiedenen nationalen-irredentistischen Bewegungen festgestellt wird: »Nur Ungarn ist jener Punkt der Habsburger-Monarchie, das niemanden hat, dem es sich anschließen könnte, dem es — wenn es schon in einer monarchistischen Staatsform lebt, nicht wichtig ist, welche herrschende Dynastie die Krone trägt. Wenn also die Habsburger eine ehrliche, demokratische, freiheitsliebende, die Interessen des Volkes in Betracht ziehende Politik betreiben, hätte Ungarn keinerlei Grund, sich gegen die Habsburg-Monarchie aufzubäumen. Der Herrschaft der Habsburger gelingt es aber auch hier, durch Korruption, militärische Willkürherrschaft, antidemokratische Reaktion langsam die gefährlichste Form des Strebens nach auswärts: die Irredenta der Rechtschaffenheit, die Irredenta der Demokratie und die Irredenta der Kultur zu schaffen.«

Die mit dem Krieg und der Außenpolitik zusammenhängenden Kundgebungen der sozialdemokratischen Partei wurden tatsächlich von der Gestaltung der innenpolitischen Lage Ungarns weitgehend beeinflußt. Die Sozialdemokraten kämpften mit dem linken Flügel der Unabhängigen (Gyula Justh, Mihály Károlyi) und den Jászsichen bürgerlichen Radikalen sowie mit einigen anderen, kleineren politischen Gruppierungen gemeinsam gegen das Regime Tizsas. Dieser Kampf führte zu keinen unmittelbaren Erfolgen. Die bewaffnete Niederschlagung der großen Massendemonstration am 23. Mai 1912 mit Waffen, der darauf folgende Sturz der parlamentarischen Obstruktion, die Durchpeitschung der Wehrvorlage, die Verabschiedung der für den Kriegsfall vorgesehenen Ausnahmsbestimmungen, die Bildung der Regierung Tizsa im Juni 1913 zeigen eindeutig eine Festigung der Positionen der Reaktion. Es wurde klar, daß sich die Dynastie auf Tizsa und die um ihn gruppierten Kräfte, nicht aber auf das Lager der bürgerlichen Demokraten und der Sozialdemokraten stützen wollte. Dieser innenpolitische Prozeß hat in bedeutendem Maße dazu beigetragen, daß die sozialdemokratische Einstellung zur Außenpolitik immer schärfer wurde, in deren Gefolge es auch zu Feststellungen kam, die die Kriegsverantwortung Österreich-Ungarns im Balkankonflikt übertrieben und die Ereignisse so darstellten, als ob der *einzig*e Inspirator des Balkankrieges die Donaumonarchie wäre.⁴⁰

⁴⁰ *Népszava*, 16. November 1912.

Die entschiedene Stellungnahme gegen die Monarchie charakterisiert den Austausch von Botschaften zwischen der sozialdemokratischen Fraktion der russischen Duma und der Sozialdemokratischen Partei Ungarns im April—Mai 1913. Die Proklamation der russischen Sozialdemokraten verurteilte nachdrücklich die zaristische Außenpolitik und stellte fest: »Die Balkanvölker müssen sich aus eigener Kraft auf ihrem Gebiet einrichten, und die Grundlage hierfür kann keine andere sein als ein sowohl von Rußland wie von Österreich-Ungarn unabhängiger, demokratischer Staatenbund.« Die Sozialdemokratische Partei Ungarns entbot in ihrer Antwort »ihren brüderlichen Gruß den russischen sozialdemokratischen Abgeordneten und dem russischen Proletariat, das selbst inmitten der Stürme des Chauvinismus und des Tobens des Absolutismus das Banner der internationalen Solidarität und der Völkerfreiheit hochhält«. Dieses Antwortschreiben brandmarkt — bei eindeutiger Ablehnung der Außenpolitik der Monarchie — auf beachtenswerte Weise auch die Unterdrückung der Nationalitäten Ungarns. »Wenn die Regierung Ungarns etwas für die nationale Befreiung tun will, braucht sie nicht nach Albanien zu gehen: In Ungarn leben 10 Millionen Einwohner nichtmagyarischer Nationalität, die von den herrschenden Klassen in ihrer nationalen Entwicklung behindert werden. Wenn sie etwas für die Freiheit tun will: hier leben Millionen von industriellen und landwirtschaftlichen Proletariern, die die Fesseln der politischen Rechtlosigkeit und des wirtschaftlichen Elends nur murrend ertragen.«⁴¹

Während des zweiten Balkankrieges — Sommer 1913 — nahm die Sozialdemokratische Partei Ungarns konsequent für den Frieden Stellung. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß sich die sozialdemokratische Beurteilung des ersten Balkankrieges zu einem gewissen Grade verändert hat. Seinerzeit haben — wie wir gesehen haben — die verschiedenen sozialdemokratischen Erklärungen auch diesen Krieg als ungerecht verurteilt und nur selten brach sich eine zaghafte Erkenntnis durch, daß der Kampf der Balkanländer auch fortschrittliche Züge enthielt. Demgegenüber schrieb Népszava im Leitartikel vom 4. Juli 1913 (»Eine neue blutige Ernte«): »Der erste Balkankrieg war dadurch annehmbar, daß er größtenteils ein Freiheitskampf war: es sollte das unterdrückte slawische Bauerntum vom jahrhundertelangen Joch seiner türkischen Herren befreit werden. Es war verständlich, daß der serbische und der bulgarische Bauer frei und sein eigener Herr sein will, nach seinem eigenen Glauben und seiner eigenen nationalen Moral selig werden will. Nun wurde aber diese Sehnsucht schon befriedigt, die türkische Herrschaft wurde gebrochen und die slawische Bauernschaft ist von der türkischen feudalistischen Herrschaft befreit worden. Die siegreichen Balkanstaaten hätten nunmehr die Pflicht, sich über die Aufteilung der Kriegsbeute friedlich zu einigen und mit voller Energie daranzugehen, die durch den Krieg geschlagenen schrecklichen Wunden zu heilen, ihren wirtschaftlichen und kulturellen Wohlstand weiterzuentwickeln, damit ihre Völker für das große Blutopfer entschädigt werden. Die Siegermächte haben große, gemeinsame wirtschaftliche Interessen, und nun wäre es ihre Pflicht, diese wirtschaftlichen Interessen in Einklang zu bringen und mit vereinter Kraft zu sichern. Und statt dessen führen sie nun einen neuen mörderischen Krieg und tränken den eroberten Boden mit einem Meer von Blut.« Die Stellungnahme zum zweiten Balkankrieg war im

⁴¹ MMTVD. Bd. IV/A. S. 621.

Grunde richtig. Neben der Verurteilung des Krieges widerspiegelte sie die nur allzusehr berechnete Furcht vor den übertriebenen und nicht selten in Völkermord mündenden nationalen Aspirationen in den komplizierten, vielerorts von gemischtsprachiger Bevölkerung bewohnten Gebieten. Dies trug zugleich dazu bei, daß sich die Sozialdemokraten mit der nationalen Frage eingehender befaßten, mit ihrem Erscheinen mehr rechneten als bisher.

In der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Ungarns hat sich der Parteitag im Herbst 1913 zum erstenmal mit Fragen der Außenpolitik befaßt. Auf dem Parteitag am 19.—20. Oktober referierte Zsigmond Kunfi über die außenpolitische Lage. Er hat die früheren sozialdemokratischen Manifestationen weiterentwickelt bzw. abgeändert. Während einige Jahre früher die sozialdemokratische Propaganda und Agitation nur die Klassenunterdrückung, den Klassenkampf, die Klasseninteressen fast als die einzigen gesellschaftsformenden Kräfte betrachtete und über die nationale Frage und nationale Unterdrückung kaum gesprochen, ihre Wichtigkeit nicht erkannt wurde, hob nunmehr Kunfi nachdrücklich die Bedeutung der nationalen Frage hervor. »In der Österreichisch-Ungarischen Monarchie leben Millionen solcher Völker«, sagte Kunfi, »deren Mitglieder außerhalb der Grenzen der Monarchie selbständige Nationalstaaten bilden. Während der abgelaufenen Krise haben solche Völker zur Erringung ihrer nationalen Rechte und der Abschüttelung des fremden Joches zu den Waffen gegriffen, deren Mitglieder auch innerhalb der Grenzen der Österreichisch-Ungarischen Monarchie unter nationaler Unterdrückung leiden.«⁴² Früher haben die verschiedenen sozialdemokratischen Erklärungen keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Staatsmächten gemacht. Die sich herausbildenden Balkanstaaten wurden als ebenso reaktionär betrachtet wie die Doppelmonarchie, da man der Meinung war, daß die Staatsmacht in beiden Ländern sich in den Händen der Ausbeuter befinde. Nicht selten wurden die im politischen Leben der Balkanstaaten vorkommenden primitiven Erscheinungen verspottet. Kunfi sprach dagegen in positivem Sinne davon, »daß sich die Südslawen außerhalb der Monarchie einen selbständigen und lebenskräftigen Nationalstaat erkämpft haben«.

Zur Außenpolitik der Monarchie erklärte Kunfi, daß allmählich sämtliche Grenzen der Monarchie in Gefahr geraten. Klerikalismus und Bürokratismus, die Unterdrückung der in Österreich lebenden Italiener haben das Verhältnis zu Italien vergiftet, die Geltendmachung der Interessen der Agrarier sowie die Unterdrückung der innerhalb der Monarchie lebenden Südslawen haben aus Serbien einen Feind der Monarchie gemacht, die ungarische Nationalitätenpolitik, »die die in Ungarn lebenden Rumänen und die anderen Nationalitäten unterdrückt und den nicht ungarischen Völkern des Landes das doppelte Joch der sozialen und nationalen Unterdrückung aufbürdet«, hat auch Rumänien zum Feind der Monarchie gemacht. Unter solchen Umständen sei es nicht überraschend, daß man in Europa immer mehr von der Aufteilung der Monarchie spreche. In der Finanzwelt des Westens waren viele der Meinung, die Monarchie sei ein »unsicherer Staat, dem man keine Anleihe gewähren könne, denn die südslawischen Gebiete werden sich die Serben nehmen, Siebenbürgen die Rumänen, und man könne nicht wissen, was mit Galizien

⁴² Das Referat Zs. Kunfis s. MMTVD Bd. IV/A. S. 655—664.

geschehen werde, denn der Gedanke der polnischen Einheit und Zusammengehörigkeit ist stark.«

Kunfi befaßte sich eingehend mit der Lage Rußlands und zog die Schlußfolgerung, daß aus dem Balkankonflikt bisher deshalb kein Weltkrieg entbrannt ist, weil Rußland genötigt war, sich zurückzuziehen. »Denn die in der Revolution geschlagenen Wunden sind noch nicht verheilt, es war gezwungen, den Rückzug anzutreten, denn das große Konsolidierungswerk, daß derzeit in Rußland auf wirtschaftlichem Gebiete vor sich geht, ist noch nicht beendet und hat noch nicht seine Früchte getragen.«

Diese Lage gehe aber nun ihrem Ende entgegen. Denn »die siegreiche Gegenrevolution kann sich nur dann halten, wenn sie bereit ist, das wirtschaftliche Vermächtnis der Revolution durchzuführen, wenn auch nicht in vollem Umfange und voller Absicht, so doch wenigstens teilweise«. Die Zeit ist nicht mehr fern, daß »die große Industrie- und Agrarrevolution« in Rußland in einer erhöhten außenpolitischen Aggressivität ihren Ausdruck finden wird.

Im weiteren gelangte Kunfi — im Gegensatz zu einigen früheren Erklärungen, so auch zu dem erwähnten Artikel von József Pogány — zu der Feststellung, die Geschichte habe Österreich-Ungarn noch immer nicht alle Möglichkeiten entzogen. Der geschichtliche Augenblick ist noch nicht verstrichen, in welchem die Monarchie »mit Hilfe der Demokratie, der Selbstverwaltung, einer Kulturpolitik die auf ihrem Gebiete lebenden Völker aussöhnen, die unterdrückten Klassen befreien kann; und wenn in einem Nationalitätenstaat bei den Massen auch kein Nationalgefühl und Patriotismus erweckt werden kann, so doch zumindest das Gefühl, daß man hier zu leben und zu arbeiten vermag«.

Nach diesem Referat wurde vom Parteitag eine Resolution angenommen, in der die konsequente Durchführung des Prinzips »der Balkan den Balkanvölkern« gefordert wurde; im weiteren wurde gegen »die fortwährende Erhöhung der Militärlasten protestiert und verlangt, daß die Österreichisch-Ungarische Monarchie nicht durch ständiges Erhöhen der Militärlasten, sondern durch einen neuen, die breiten Schichten der Bevölkerung befriedigenden ökonomischen, politischen, sozialen und nationalen Kurs die Gewähr für ihr Fortbestehen suche«.⁴³

Dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Ungarns folgte kurz darauf (31. Oktober—4. November) der Wiener Kongreß der deutschen Sozialdemokraten Österreichs. Hier referierte über außenpolitische Fragen Karl Leuthner, der ebenfalls die Politik des Ballhausplatzes scharf angriff. Laut der angenommenen Resolution, die zwar in ihrem Ton radikaler als die ungarische, in ihrem Inhalt jedoch ähnlich ist, heißt es: »Der Parteitag spricht in Entrüstung und Abscheu sein Urteil über die Balkanpolitik des Wiener Kabinetts.« Es wurde beantragt, den großserbischen Bestrebungen durch Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Lage Kroatiens und den Ausbau der Autonomie Bosniens zu begegnen. Ferner: Statt einer Einmischung in die Angelegenheiten der Balkanstaaten »müßte eine vernünftige Politik Österreich-Ungarns auf dem Balkan vielmehr wirtschaftliche Vorteile für seine Völker in einer sorgsam und vorausschauenden Handelspolitik suchen, die bisher die verblendete Habsucht der Agrarier unmöglich gemacht hat. Österreich-Ungarn hat auf dem Balkan keine anderen als wirtschaftliche Interessen. Es darf

⁴³ Ebd. S. 655.

daher keine protektoratähnliche Stellung in Albanien anstreben, womit bloß eine Quelle beständiger Kriegsgefahren eröffnet würde, auch nicht in der Form einer Mitherrschaft mit Italien, eines Kondominiums, das uns notwendig in einen feindlichen Wettstreit und Gegensatz mit dem Nachbarstaat brächte, mit dem freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten für uns ein Gebot des Friedens und der Kultur ist.« Zum Schluß wurde gegen die Aufrüstung und den Militarismus das Wort erhoben, »der von dem Staate vollständig Besitz ergriffen« hat.⁴⁴

Während also die ungarische Resolution eher auf eine Reform der inneren Verhältnisse der Monarchie ausgerichtet war, wurde in der österreichischen die Forderung nach einer neuen, vernünftigen Außenpolitik als Ziel gesteckt. Auf dem Budapester Parteitag wurde das alte Argument wieder in den Mittelpunkt gestellt: mit Reformen kann man den Ereignissen noch vorgreifen, den Zerfall des Reiches verhindern. Die ergänzende weitere Argumentation hatte wirtschaftspolitischen Charakter. Mit gutnachbarlichen Beziehungen zu den Balkanstaaten ginge ein fruchtbringender Austausch ihrer landwirtschaftlichen Produkte mit den Industriewaren der Monarchie einher. Über negative Auswirkungen derartiger Verbindungen, daß diese nämlich die industrielle Entwicklung auf dem Balkan erschweren würden, ist hingegen in den erwähnten Beschlüssen nichts zu lesen.⁴⁵ All dies wurde in einer Situation vorgebracht, in der die sozialdemokratischen Führer auch schon aus eigener Erfahrung wissen mußten, daß die führenden Kreise der Monarchie nicht geneigt waren, Reformen einzuführen, sondern das Schicksal lieber durch Erhärtung der bestehenden Zustände verzögern wollten. Die reformistischen Konzeptionen und die sich aus ihnen ergebende politische Taktik war kraftlos und vermochte den Gang der Dinge nicht zu beeinflussen. Eine andere politische Führung hingegen lag der Sozialdemokratischen Partei fern und war fast unvorstellbar. Unter solchen Umständen blieb nichts anderes übrig, als die schon seit Jahren bekannten Gesichtspunkte zu variieren und mit neuen — an sich wesentlichen — Erkenntnissen zu ergänzen.

Nach dem zweiten Balkan-Krieg trat abermals für ungefähr ein Jahr eine politische Windstille ein. Das Interesse der Partei wandte sich den inneren Problemen zu. Trotzdem erschienen im Frühjahr 1914 — wenn auch nicht in solchem Umfang wie früher — in der sozialdemokratischen Presse zahlreiche außenpolitische Artikel. Ihr Inhalt unterscheidet sich nur wenig von den bisherigen, höchstens, daß die Lage der Monarchie in düsteren Farben geschildert wurde, als Kunfi es tat. So wurde in dem am 27. April 1914 in der *Népszava* erschienenen Artikel (»Existenz und Fortbestand der Monarchie«) mit dem Zerfall des Reiches als mit einer ernstesten Alternative gerechnet — wobei die deutsch-französischen und deutsch-englischen Gegensätze abgeschwächt und somit die europäische Lage unrichtig bewertet wurde. Im großen und ganzen wurde die Feststellung Otto Bauers wiederholt, daß »sich der Österreichisch-Ungarischen Monarchie gegenüber jedermann auf den Standpunkt stelle, daß die Monarchie auf irgendeine Weise geändert, aufgeteilt, zerstückelt werden müsse«. Der Artikel vertrat aber noch immer die Meinung,

⁴⁴ Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich. Wien 1913. S. 211.

⁴⁵ Über diese Frage s. *Zsigmond Kunfi: Szocializmus, háború és békés polgár* (Sozialismus, Krieg und friedlicher Bürger). Szocializmus, Jg. 1912—13. Nr. 1.

daß mit radikalen Reformen die Lage geändert werden könnte. »Politische Demokratie, nationale Selbstverwaltung, soziale Reformen, umfassende Bodenbefreiung — das sind die Waffen, mit denen die Herren der Österreichisch-Ungarischen Monarchie die Schlacht gewinnen können, die die weltgeschichtlichen Kräfte wahrscheinlich unabwendbar machen.« Reformen sind also auch noch am Vorabend des Weltkrieges vorstellbar. In dieser Auffassung zeigt sich bereits der Rückzug vor den Ereignissen, der Gedanke der Ohnmacht, es hat den Anschein, daß nach Ansicht des Autors der Arbeiterbewegung zur Beeinflussung der Ereignisse kein anderes Mittel mehr zur Verfügung steht als das gute Zureden und die Überzeugung der Machthaber.

Zur Auffassung dieses Problems liefern die Memoiren Manó Buchingers interessante Daten; Buchinger war Mitglied der Parteileitung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und befaßte sich regelmäßig mit außenpolitischen Fragen. Über den Zeitraum vom Baseler Kongreß bis zum Ausbruch des Weltkrieges schreibt er unter anderem folgendes: »Die Verhinderung und Verhütung der Kriegsgefahr . . . zählte stets zu jenen Schicksalsfragen, bei deren Auftauchen wir fühlten, daß die sozialistische Arbeiterbewegung fast übermenschliche Kräfte haben müßte, um in der Weltpolitik wirkliche Ergebnisse erzielen zu können . . . Das Dilemma besteht offenbar darin, daß der Krieg und der Kapitalismus nur zusammen besiegt werden können.«⁴⁶ Die Stichhaltigkeit dieser marxistischen Argumentation könnte schwerlich bezweifelt werden. Die Worte Buchingers lenken aber unsere Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß die außenpolitische Ohnmacht der Sozialdemokratischen Parteien — so auch der Ungarns —, der bald darauf eingetretene Zusammenbruch der II. Internationale primär auf die allgemeine theoretische-politische Richtlinie dieser Parteien zurückgeführt werden kann. Neben dem gleichzeitig zur Geltung kommenden prinzipiellen Doktrinarismus wurde die revolutionäre Perspektive der Sozialdemokratischen Parteien durch die reformistische Politik, die häufigen Kompromisse sukzessive ausgebootet, und so wurden sie im Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung und all ihre Folgen kraftlos. Es hat sich jene politische Krise der sozialdemokratischen Bewegung herausgebildet, die zum August 1914 führte, und deren Folgen auch im späteren nicht liquidiert werden konnten.

Trotz des dominierenden reformistischen Zuges war der sozialdemokratische Standpunkt bezüglich der internationalen Verhältnisse, des Bestandes, der Situation der Monarchie noch immer radikaler als die Meinung aller anderen ungarischen politischen Gruppierungen. Radikaler — und das Weitere in Betracht gezogen — auch realer. Das Augenmerk der oppositionellen Unabhängigen erstreckte sich nicht bis zur realen Möglichkeit des Zerfalls der Monarchie, und im wesentlichen waren auch die — die k. u. k. Außenpolitik und die Bestrebungen des Zarismus gleichermaßen kritisierenden — Ansichten der bürgerlichen Radikalen ähnlich. Von diesem Gesichtspunkt ist eine, kurz vor Ausbruch des Krieges in der Zeitschrift *Huszadik Század* (Zwanzigstes Jahrhundert) erschienene Studie interessant, die die Lage der Monarchie geradezu noch als ermutigend betrachtet und ihre Folgerungen so summiert: »Alles in allem betrachtet, können wir feststellen, daß die gegen die Unversehrtheit der Monarchie gerichteten Interessen derart einander entgegenge-

⁴⁶ *Buchinger, Manó: Küzdelem a szocializmusért* (Kampf um den Sozialismus). Bd. I. Népszava Könyvkiadó, Budapest o. J. S. 219.

setzt sind und in ihrer Entwicklung sich so große Unterschiede zeigen, daß ihr Zusammenwirken ausgeschlossen erscheint. Sie behindern eher einander, als daß sie sich gegenseitig zum Erfolg verhelfen würden . . . Die Monarchie hat also genügend Zeit zum Fortschritt, zur Konsolidierung und daß sich ihre Völker einander gewöhnen.«⁴⁷

Durch die Geschichte wurden diese Ansichten bald widerlegt und vom Gesichtspunkt des Bestandes der Monarchie selbst die pessimistischsten sozialdemokratischen Ansichten bestätigt. Österreich-Ungarn wurde an der Seite des kaiserlichen Deutschlands in den Weltkrieg verwickelt, der in die das Reich sprengende revolutionäre Bewegung mündete.

Wenn man in Betracht zieht, daß in der ganzen behandelten Epoche der Grundpfeiler der Außenpolitik der Monarchie das Bündnis mit dem kaiserlichen Deutschland war, ist es auffallend, daß sich die Sozialdemokraten und im allgemeinen die oppositionellen politischen Richtungen kaum mit den Fragen und mit der Bewertung dieses Bündnisses beschäftigt haben. So hatten auch die — nur in Teilfragen zur Geltung kommenden — Unterschiede zwischen der Berliner und der Wiener Außenpolitik fast gar kein ungarisches Echo. In der Arbeiterbewegung wurde nur selten die Meinung — im Zusammenhang mit Kunfi haben wir darauf hingewiesen — verlautbart, daß das Bündnis mit Deutschland die Außenpolitik der Monarchie schädlich beeinflusse und zu ihrer Isolierung beitrage. Diese Sachlage hatte ihre speziellen Gründe. Die vom traditionellen ungarischen Nationalismus durchdrungene unabhängige Opposition sah — trotz nachdrücklicher Betonung ihres Ungartums — im Bündnis mit Deutschland eine reale Sicherung der Aufrechterhaltung des Nationalitätenstaates Ungarn. Die sozialdemokratische Auffassung hat — wie wir gesehen haben — zwischen den einander gegenüberstehenden Machtgruppierungen prinzipiell keinen Unterschied gemacht und konnte auf dieser Grundlage auch das Bündnis mit Deutschland nicht eindeutig verurteilen. Doch darüber hinaus war die Sozialdemokratische Partei Ungarns — nach den Sozialdemokraten Österreichs — mit den deutschen Sozialdemokraten am stärksten verbunden. Sie sah — es sei nur auf den Artikel Otto Bauers aus dem Jahre 1908 hingewiesen — in der deutschen Sozialdemokratischen Partei als der stärksten Partei der II. Internationale die führende Kraft der gesamten internationalen sozialdemokratischen Bewegung. Die rapide Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung erweckte die Illusion, daß die Stimme der deutschen Sozialdemokraten in relativ kurzer Zeit in der Führung des Reiches zu hören sein wird. Ähnliche Überlegungen dürften teilweise auch die Meinung der bürgerlichen Radikalen beeinflußt haben, die ebenfalls in der deutschen Arbeiterbewegung die stärkste Kolonne des europäischen Fortschritts sahen.

Als der erste Weltkrieg bereits eine reale Gefahr war, beobachtete man in einzelnen Kreisen des ungarischen politischen Lebens — mit der früheren Ansicht brechend — doch mit Besorgnis die deutsche Orientierung. In dieser Beziehung müssen vor allem der linke Flügel der Unabhängigen, Graf Mihály Károlyi und sein Kreis, erwähnt werden. Károlyi erklärte im Herbst 1913 wiederholt, daß seines Ermessens eine neue politische Orientierung erforderlich sei. Er meinte, ein Krieg würde zum Zerfall Ungarns und der Monar-

⁴⁷ Boross, László: A Habsburgmonarchia (Die Habsburger-Monarchie). Huszadik Század, Nr. 1. 1914.

chie führen, und deshalb müsse alles unternommen werden, um den Krieg zu vermeiden. Er versuchte, mit französischen politischen Kreisen Verbindung aufzunehmen und urgierte ein Übereinkommen mit Rußland, »was zu einer großen Erleichterung führen und die furchtbare Spannung lösen würde. Unsere Außenpolitik sollte eben darauf gerichtet sein, dem allgemeinen Frieden den Weg zu ebnen, nicht aber die militaristische Politik Berlins aus Gefälligkeit zu überbieten.«⁴⁸ Noch entschiedener verließ er dieser seiner Meinung im Juli 1914 Ausdruck. Er betonte, daß die Deutschen die Monarchie nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zurückdrängen. »Dadurch, daß wir uns gänzlich in die Arme Deutschlands geworfen haben, gerieten wir in eine solche Lage, die man im Schachspiel als patt bezeichnet. Wir sind zwar nicht matt, bei jedem weiteren Zug stoßen wir aber ins Schachmatt.«⁴⁹ Er beschuldigte Tisza, daß er bestrebt ist, künstlich Interessengegensätze zwischen Frankreich und Rußland einerseits und Ungarn andererseits zu schaffen, obzwar von tatsächlichen Gegensätzen keine Rede sein könne.

Einen stark antideutschen und den Ballhausplatz kritisierenden Ton hatten auch jene Reden, die Károlyi während seines Besuches in den Vereinigten Staaten im Juli 1914 hielt. Bei dieser Reise begleitete ihn außer seinen Parteigenossen von der Sozialdemokratischen Partei auch Zsigmond Kunfi, der bereits früher zwischen dem Wilhelminischen Deutschland und den westlichen bürgerlichen Demokratien unterschied.

Die politische Richtlinie der Sozialdemokratischen Partei blieb auch zur Zeit der außenpolitischen Aktionen Károlyis unverändert. Die Parteipresse hielt die Bestrebungen zur Normalisierung der Verhältnisse mit Rußland nicht für unbegründet; sie wies zwar eine Kooperation mit dem offiziellen Rußland ab, betonte jedoch gleichzeitig ihre Solidarität mit den Völkern Rußlands. Die Abneigung gegen den Dreibund erachtete sie für berechtigt, da ja diese Mächtegruppierung »uns zu wahnsinniger und in keinem Verhältnis zu unseren Kräften stehender Rüstung zwingt«.⁵⁰

Die Ereignisse des Sommers 1914 hingen schon unmittelbar mit den Problemen des Weltkrieges zusammen. Die Sozialdemokratische Partei Ungarns hat ihre frühere außenpolitische Richtlinie bis zum 28. Juli, bis zur Kriegserklärung an Serbien, beibehalten. Das Blatt hat für den Balkankonflikt konsequent Österreich-Ungarn verantwortlich gemacht. Eine scharfe Kritik hat auch die Landung österreichisch-ungarischer Truppen im Mai 1914 in Albanien ausgelöst. Im »Kriegsgefahr« betitelten Artikel wurde in der Népszava vom 21. Mai 1914 nachgewiesen, daß »das selbständige Fürstentum Albanien — dessen revoltierende Bevölkerung die Monarchie maßregeln will — selbst ein Produkt der Wiener Politik ist«.

Auf das Attentat von Sarajevo hat Népszava in ihrem Artikel »Völkerrecht oder Bomben« reagiert. In diesem wurde festgestellt, daß »das Attentat von Sarajevo vom österreichisch-ungarischen Imperialismus heraufbeschworen wurde«. Dieser Artikel war zugleich ein Schritt zur realen Beurteilung der Lage auf dem Balkan. Österreich-Ungarn »hat Jahrzehnte hindurch alles

⁴⁸ Károlyi, Mihály: Az új Magyarorszáért. Válogatott írások és beszédek (Für das neue Ungarn. Ausgewählte Schriften und Reden). 1918—1919. Budapest 1968. S. 42.

⁴⁹ Ebd. S. 55.

⁵⁰ Népszava, 9. März 1914. S. auch Dolmányos, István: Károlyi és a »szentpétervári út« (Károlyi und der »Weg nach St. Petersburg«). Történelmi Szemle, Jg. 1963. Nr. 2.

getan, um die Befreiung der christlichen, slawischen Bauernvölker des Balkans vom türkischen Feudalismus zu verhindern«. Der erste Balkankrieg wurde hier schon eindeutig positiv bewertet. »Der Balkankrieg hat den Bauernvölkern des Balkans dasselbe bedeutet wie die große französische Revolution für Westeuropa: den Vorstoß des Kapitalismus gegen den Feudalismus.«

Der Artikel reduzierte die Gründe des Attentats von Sarajevo auf das Problem Österreich-Ungarns und des Balkans — dies ist kein neuer Zug — und sprach nur nebenbei von anderen Arten des Imperialismus. Der Grund für diese Anschauung war, daß die Führer der Sozialdemokratischen Partei — von einigen Ausnahmen abgesehen — die großen, internationalen Zusammenhänge kaum untersucht haben und so in den Fragen der Außenpolitik keinen entsprechend breiten Überblick hatten. Diese Tatsache spielte eine große Rolle dabei, daß — im späteren — die Ereignisse des August 1914 die Partei überraschten.

Die Sozialdemokratische Partei Ungarns hat im Zusammenhang mit dem am 23. Juli 1914 an Serbien gerichteten Ultimatum öffentlich gegen den militärischen Angriff auf Serbien Stellung genommen. Der Leitartikel der *Nép-szava* vom 25. Juli (»Wir wollen keinen Krieg«) erklärte, daß »das Ultimatum ein Werk des in der Maske des Chauvinismus auftretenden österreichisch-ungarischen Imperialismus ist«. »Die Völker der Monarchie«, heißt es, »wissen, sehen und fühlen ihren Feind nicht in Serbien, sondern im österreichisch-ungarischen Imperialismus, im sich maßlos verbreiternden österreichisch-ungarischen Militarismus, in dem furchtbar schwer auf uns lastenden österreichisch-ungarischen Absolutismus, im mit schrankenloser Gier ausbeutenden österreichisch-ungarischen Kapitalismus.« Ferner wurde darauf hingewiesen, daß der Feldzug gegen Serbien den Brand des Weltkrieges entfachen könne, daß sich hinter dem Krieg jedoch »solche ungeahnte, in ihrer Wirkung unberechenbare Katastrophen verbergen, die mächtige Reiche umstürzen können«, durch deren Auswirkungen »die ganze heutige gesellschaftliche Ordnung ins Wanken geraten kann«. Sich hierauf berufend wurden die herrschenden Kreise aufmerksam gemacht: »Vernünftige Voraussicht und die Idee des Humanismus erfordern gleicherweise, daß diesem Ultimatum keine Kriegserklärung folge.«

Die Ereignisse jedoch haben bald einen anderen Gang genommen; in den ersten Augusttagen 1914 tobte bereits der Weltkrieg. Die weitere Entwicklung können wir nur andeuten: Die Führung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns ist — den führenden Parteien der Internationale folgend — zurückgewichen und hat die Arbeiter zur Abwehr der feindlichen Invasion, zur Verteidigung des Vaterlandes aufgerufen. Das war die unverhüllte Abkehr von den Beschlüssen von Stuttgart und Basel und den früheren Manifestationen gegen den Krieg. Der Ausbruch des Krieges schuf im Leben der damaligen einzigen Arbeiterpartei Ungarns, der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, eine neue Situation und einen neuen politischen Kurs. Neben den neuen Elementen der neuen Politik waren auch die mit dem Bestand der Monarchie, mit der Beurteilung ihrer außenpolitischen Lage zusammenhängenden früheren Ansichten noch lebendig. Während des Krieges war der sozialdemokratische Standpunkt ein auf Grund des Status quo von 1914 abzuschließender — mit einer gewissen inneren Demokratisierung verbundener — Frieden. In den Jahren 1914—1915, zur Zeit der militärischen Siege der Zentralmächte, wollten jedoch die leitenden Kreise Österreich-Ungarns davon nicht einmal hören. In der zweiten

Etappe des Krieges, als die Partei diese Forderungen schon mit wesentlich ausgeprägterem pazifistischem Charakter vertrat, näherten sich ihre Zielsetzungen — durch die Gestaltung der Kriegslage beeinflußt — den bekannten, mißglückten Friedensbemühungen des Hofes an, des gemeinsamen Ministeriums des Äußern — und darüber hinaus — der liberalen Bourgeoisie.⁵¹

⁵¹ Über diese Frage s. MMTVD Bd. IV/B. Zusammengestellt und redigiert von Ferenc Mucsi, János Kende, Tibor Erényi, Edit S. Vincze. Kossuth Kiadó, Budapest 1969. Einleitung und Dokumente.

Studien in deutscher Sprache
aus der Sammlung zu Ehren des
Internationalen Kongresses für
Geschichtswissenschaft, 1970,
Moskau:

D, NEMES

Lenin ist mit uns

GY. EMBER

Über die historische Statistik

I. SINKOVICS

Die akademische Bildung in
Ungarn im 17. Jahrhundert

I. DIÓSZEGI

Die Österreichisch-Ungarische
Monarchie in der internationalen
Politik im letzten Drittel des 19.
Jahrhunderts

T. ERÉNYI

Die Sozialdemokratische Partei
Ungarns und die Außenpolitik
des Österreichisch-Ungarischen
Monarchie in den Jahren 1908—
1914

GY. TOKODY

Der Weg der großdeutschen
Geschichtsschreibung zum Fa-
schismus

S. BALOGH

Die Geschichte Ungarns nach
dem Zweiten Weltkrieg in der
marxistischen Geschichtsliteratur

Vertrieb

KULTURA

Budapest 62, Postfach 149

